

Zehn Gebote für einen gesunden Staatshaushalt



**Grundlagenpapier der Schweizerischen Volkspartei
zur Finanzpolitik**

15. August 2006

Zehn Gebote für einen gesunden Staatshaushalt

Inhaltsverzeichnis

1	Finanzpolitik ist wichtig für die Gesellschaft.....	3
2	Die Ausgangslage	4
2.1	Der verfettete Wohlfahrtsstaat	4
2.2	Staatsabhängigkeit macht unkritisch	4
2.3	Realitätsverweigerung statt Problemlösung	6
3	Die bisher verfolgte Finanzpolitik	7
3.1	Alle wollen „sparen“ – die wenigsten stehen dafür ein	7
3.2	Finanzpolitik der Mitteparteien näher bei SP als bei SVP	7
3.3	Oft kritisierte finanzpolitische Gradlinigkeit der SVP	9
3.4	Für einen gesunden Staat braucht es mehr SVP	11
4	Die finanzpolitischen Grundsätze der SVP	12
4.1	Viel Freiheit und Selbstverantwortung statt ein überfetteter Staat	12
4.2	Den Bürgerinnen und Bürgern möglichst viel Geld lassen und Leistung belohnen	12
4.3	Nicht mehr ausgeben als einnehmen	13
5	Der überfettete Wohlfahrtsstaat.....	14
5.1	Verdoppelung der Ausgaben des Bundes in 20 Jahren	14
5.2	Grosse Unterschiede nach Departementen	15
5.3	Sozialausgaben bilden grössten Ausgabenposten	16
5.4	Düstere Zukunftsperspektiven für die Sozialwerke	19
5.5	Unbezahlbare Eisenbahngrossprojekte	21
5.6	Der Bundesrat gibt so viel aus, wie er will!	22
5.7	Die Schuldenwirtschaft nimmt zu	22
5.8	Voranschlag 2007	24
5.9	Weitere Finanzperspektiven	24
5.10	Finanzperspektive 2015	25
6	Die Bürger zu Tode steuern?	27
6.1	Höhere Ausgaben bedeuten höhere Steuern oder Schulden	27
6.2	Die Steuerbelastung ist massiv angestiegen	27
6.3	Leistung darf nicht weggesteuert werden	28
6.4	Der Mittelstand zahlt	28
6.5	Bis zu den Sommerferien für den Staat arbeiten	29
6.6	Mehr als die Hälfte des Einkommens wandert zum Staat	30
6.7	Die Steuerbelastung muss sinken	31
6.8	Nein zu den acht neuen SP-Steuern!	31
7	Zehn Gebote für einen gesunden Staatshaushalt	32

1 Finanzpolitik ist wichtig für die Gesellschaft

Bei der Frage der Entwicklung der Staatsfinanzen geht es um viel mehr als zuweilen vermutet wird. Staatsfinanzen sind mehr als die Summe von einzelnen Budgetposten und deren Aufstockung beziehungsweise Kürzung. Es geht darum, wie unser Staatswesen aufgebaut sein soll, wo Schwerpunkte gebildet und welche Aufgaben wahrgenommen werden sollen. Es geht in der Finanzpolitik ebenfalls um die Konkurrenzfähigkeit des Wirtschaftsstandortes und die damit verbundenen Arbeitsplätze. In der Finanzpolitik stellen sich somit genau die gleichen Fragen, welche sich in jeder Familie und in jeder Unternehmung Monat für Monat stellen. Für was gebe ich mein Geld aus, lege ich mein Geld an oder verschulde ich mich? Soll ich für mich selber sorgen oder lebe ich auf Kosten anderer oder gar auf Kosten der zukünftigen Generationen? Eine schlechte Finanzpolitik ist in der Gegenwart kaum zu spüren. Die höchst negativen Auswirkungen zeigen sich erst in der Zukunft: Schuldenberge, Steuererhöhungen, eine sinkende Handlungsfähigkeit der Entscheidungsträger sowie eine übersteigerte Anspruchshaltung der Bevölkerung verbunden mit der politischen Unmöglichkeit des Zurückfahrens von Leistungen.

Die SVP setzt sich seit Jahren mit Nachdruck für gesunde Staatsfinanzen ein. Oft wirft man der SVP vor, die intensiven Bemühungen, den Staatshaushalt auf allen Ebenen unseres Staatswesens in den Griff zu bekommen seien pedantisch, die SVP sehe nur Zahlen und keine Inhalte. Auch wird die SVP gerne als „Kaputtsparterpartei“ abgestempelt. Doch dahinter steckt seitens der anderen Parteien weniger berechtigte Kritik als vielmehr die finanzpolitische Inkompetenz und Oberflächlichkeit sowie Opportunismus, verbunden mit dem mangelnden Willen, geschlossen und entgegen allen Widerständen für eine nachhaltige Sanierung der Bundesfinanzen einzutreten.

Finanzpolitik ist nicht Selbstzweck. Die Finanzpolitik definiert, wie unser Staat aufgebaut sein soll und welche Aufgaben in welchem Umfang als Staatsaufgaben erledigt werden müssen. Zudem wird festgelegt, wie der Staat wirtschaftet. Für alle am Wohl der Gesellschaft interessierten Kreise ist es daher unabdingbar, sich den Herausforderungen der Finanzpolitik zu stellen und sich ernsthaft damit zu befassen.

2 Die Ausgangslage

2.1 Der verfettete Wohlfahrtsstaat

Die Schweiz galt lange als beispielhafter Staat mit einem hohen Grad an Eigenverantwortung seiner Bürgerinnen und Bürger. Heute ist unser Land jedoch zu einem Versorgungs- und Wohlfahrtsstaat mutiert. In den 70er- und 80er-Jahren täuschte das starke Wirtschaftswachstum über viele Jahre hinweg uneingeschränkte Möglichkeiten für den Staat vor. Untern anderem wurden in der Folge die Sozialwerke stark auf- und ausgebaut. Die vielen neu eingeführten Sozialleistungen trieben die Staatsausgaben ins schier Unermessliche. Als Beispiele für den nicht finanzierten Sozialausbau können etwa die Invaliden-, die Kranken-, die Arbeitslosen- sowie Mutterschaftsversicherung, aber auch diverse AHV-Revisionen genannt werden. Sie alle führten zu einem übertriebenen Leistungsausbau durch den Staat. Oftmals wurden dabei alle Warnrufe bezüglich der negativen Auswirkungen der demographischen Entwicklung auf die Bundesfinanzen gegenüber einer kurzfristigen Wählerorientierung grosszügig ausgeblendet und vernachlässigt. Ohne Rücksicht auf die finanziellen Folgen wurden auch die Leistungen der öffentlichen Pensionskassen des Bundes (Publica, Post, SBB, etc.) grosszügig ausgebaut. Die Folgen dieses übertriebenen und unüberlegten Ausbaus des Sozialstaates zeigen sich erst heute in aller Konsequenz. Wegen des weit über der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit liegenden Ausbaus ist der Wohlfahrtsstaat mittlerweile so verfettet, dass er als Gesamtkonstrukt in Frage gestellt werden muss. Eine katastrophale Verschuldung und eine miserable Finanzsituation in Bund und vielen Kantonen sind das Ergebnis dieser unverantwortlichen Politik der vergangenen Jahre.

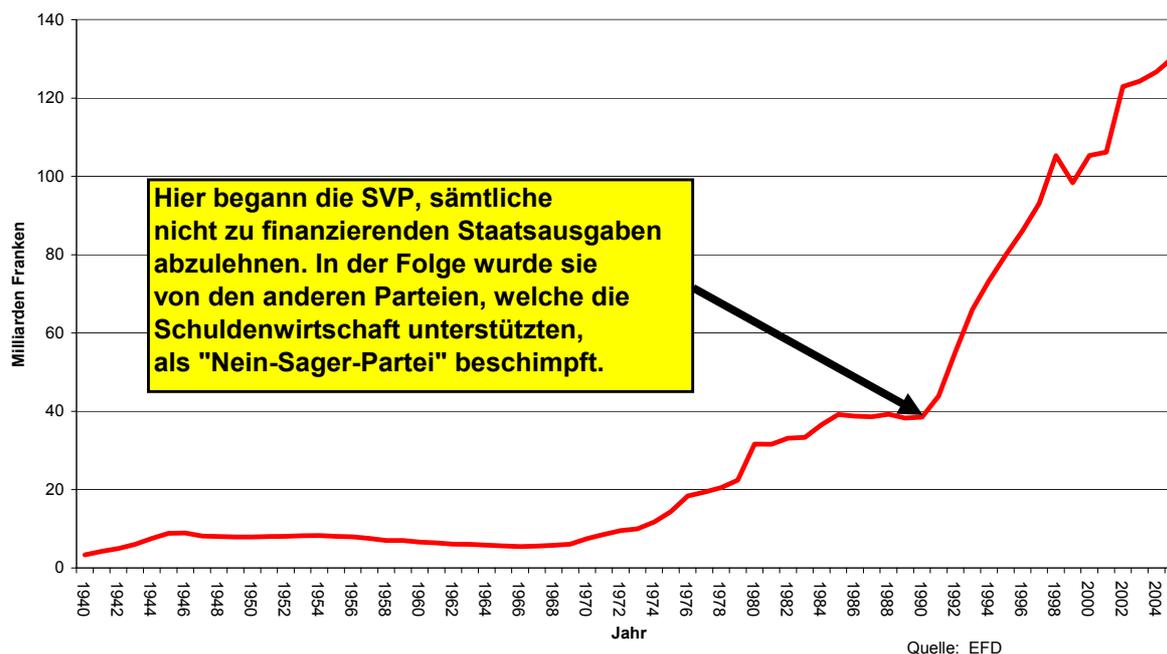
2.2 Staatsabhängigkeit macht unkritisch

Vor allem in den 70er- bis zu Beginn der 90er-Jahre bescherte eine etatistisch geprägte Grundstimmung, welche nicht nur die SP, sondern auch Teile der CVP und FDP erfasste, der Schweiz einen überdimensionierten Dienstleistungsstaat. Den Bürgerinnen und Bürgern wurde eine Totalversorgung zum Nulltarif vorgetäuscht. Aufgrund ihrer Politik der Zurückhaltung wurde der SVP genau in dieser Zeit das Etikett der „Nein-Sager-Partei“ verpasst. Heute sieht man, dass die SVP Recht hatte.

Der schleichende Verstaatlichungsprozess konnte nur über gewaltige Neuverschuldungen finanziert werden: Lagen die Schulden des Bundes 1990 noch bei 38.5 Milliarden Franken, stiegen sie bis Ende 2005 auf die Schwindel erregende Höhe von 130.3 Milliarden Franken.

Damit leben wir auf Kosten der künftigen Generationen und täuschen uns erst noch vor, dass die heutigen Leistungen auch für die Zukunft gesichert und finanziert sind. Und obwohl 84% der Bevölkerung und alle Kantone der Vorlage über eine Schuldenbremse des Bundes zustimmten, stiegen die Schulden seit der Abstimmung im Dezember 2001 um rund 25 Milliarden Franken. Auch in den kommenden Jahren werden die Schulden, trotz Überschüssen in der Finanzrechnung, weiter ansteigen.

Entwicklung der Bundesschulden 1940 - 2005



Nimmt man zur offiziell ausgewiesenen Bundesschuld noch die weiteren, teilweise nicht offen gelegten Verbindlichkeiten wie etwa die Schulden der IV, der ALV, die Verpflichtungen gegenüber noch nicht restlos ausfinanzierten Pensionskassen von Bund, Post und SBB oder die Darlehen an die NEAT etc. hinzu, beträgt die Verschuldung des Bundes mehr als 160 Milliarden Franken und droht weiter zu steigen. Doch der Bund unterlässt es, Transparenz zu schaffen – denn er hat ja kein Interesse, die Bevölkerung über das wahre Ausmass der Verschuldung zu informieren.

Ausgewiesene und tatsächliche Verschuldung des Bundes per Ende 2005:

Offiziell ausgewiesene Bundesschuld in der Staatsrechnung 130.3 Mrd. Fr.

Nicht ausgewiesene, versteckte Verpflichtungen:

Unterdeckung AHV im AHV-Fonds	4.0 Mrd. Fr.
Unterdeckung IV im AHV-Fonds	7.7 Mrd. Fr.
Unterdeckung Arbeitslosenversicherung (ALV)	2.7 Mrd. Fr.
Pensionskassenverpflichtungen des Bundes	7.7 Mrd. Fr.
Nicht ausgewiesene Schulden aus FinöV	15.7 Mrd. Fr.

TOTAL Bundesschuld 168.3 Mrd. Fr.

Während die fortschreitende Steuer-, Gebühren- und Abgabenlast früher wenigstens in Wahljahren noch für heftige Auseinandersetzungen gesorgt hatte, wird sie heute ruhig entgegen genommen. Die jährlichen Milliardendefizite dauern unvermindert an. Sie werden akzeptiert, als wären sie gegeben und nicht abänderbar. Nachtragskredite, Kostenüberschreitungen und Planungsabweichungen sind längst zum Courant normal geworden.

2.3 Realitätsverweigerung statt Problemlösung

Das erwartete Ausgabenwachstum für die kommenden Jahre wird von verschiedenen Kreisen in alter Manier verniedlicht und als problemlos heruntergespielt. Man verbreitet teilweise sogar die Mär, der Staat spare Geld, die Ausgaben würden gesenkt, der Gürtel werde enger geschnallt. Andere sprechen gar von „kaputt sparen“ und „den Staat aushungern“. Doch wo wird in diesem Staate eigentlich gespart? Werden denn die Ausgaben gegenüber den Vorjahren gesenkt? Die Realität sieht leider anders aus:

Gemäss den finanzpolitischen Perspektiven des Bundesrates sollen die Ausgaben des Bundes von 51.4 Milliarden im Jahr 2005 auf rund 70 Milliarden Franken im Jahr 2015 ansteigen. Dies entspricht einer Ausgabensteigerung von über 35% in nur 10 Jahren. Verglichen mit dem Stand von 1990 werden die Ausgaben im Jahr 2015 um beinahe das 2.5-fache angestiegen sein – und dies trotz allen Entlastungsprogrammen, Verwaltungsreformen und Aufgabenverzichtsplänen!

Die Staatsausgaben wurden und werden nie gesenkt! Es herrscht eine verbreitete Gleichgültigkeit und Realitätsverweigerung gegenüber den finanzpolitischen Tatsachen. Denn eine Kenntnisnahme und ein Eingestehen der Wahrheit ist für viele lästig und undankbar, es zwingt nämlich zum Handeln. Verdrängen ist da bedeutend bequemer. Scheinbar sind viele derjenigen, welche die Probleme heute verdrängen, bereits den süssen Verlockungen des Wohlfahrtsstaates erlegen. Und dies bis weit in die gehobenen Bürger- und Berufschichten sowie bis weit in die Chefetagen von Politik und Wirtschaft hinein. Heute schauen die Menschen lieber, wie sie sich vom Staat beziehungsweise der Allgemeinheit aushalten lassen können, statt in Eigenverantwortung für sich und die Nächsten das Leben zu verbessern und selber für Güter und Dienstleistungen zu sorgen. Es ist ausserordentlich gefährlich, wenn Erfolg und Leistung durch höhere Steuern und Abgaben bestraft und Misserfolg und Faulheit mit Sozialleistungen belohnt werden.

3 Die bisher verfolgte Finanzpolitik

3.1 Alle wollen „sparen“ – die wenigsten stehen dafür ein

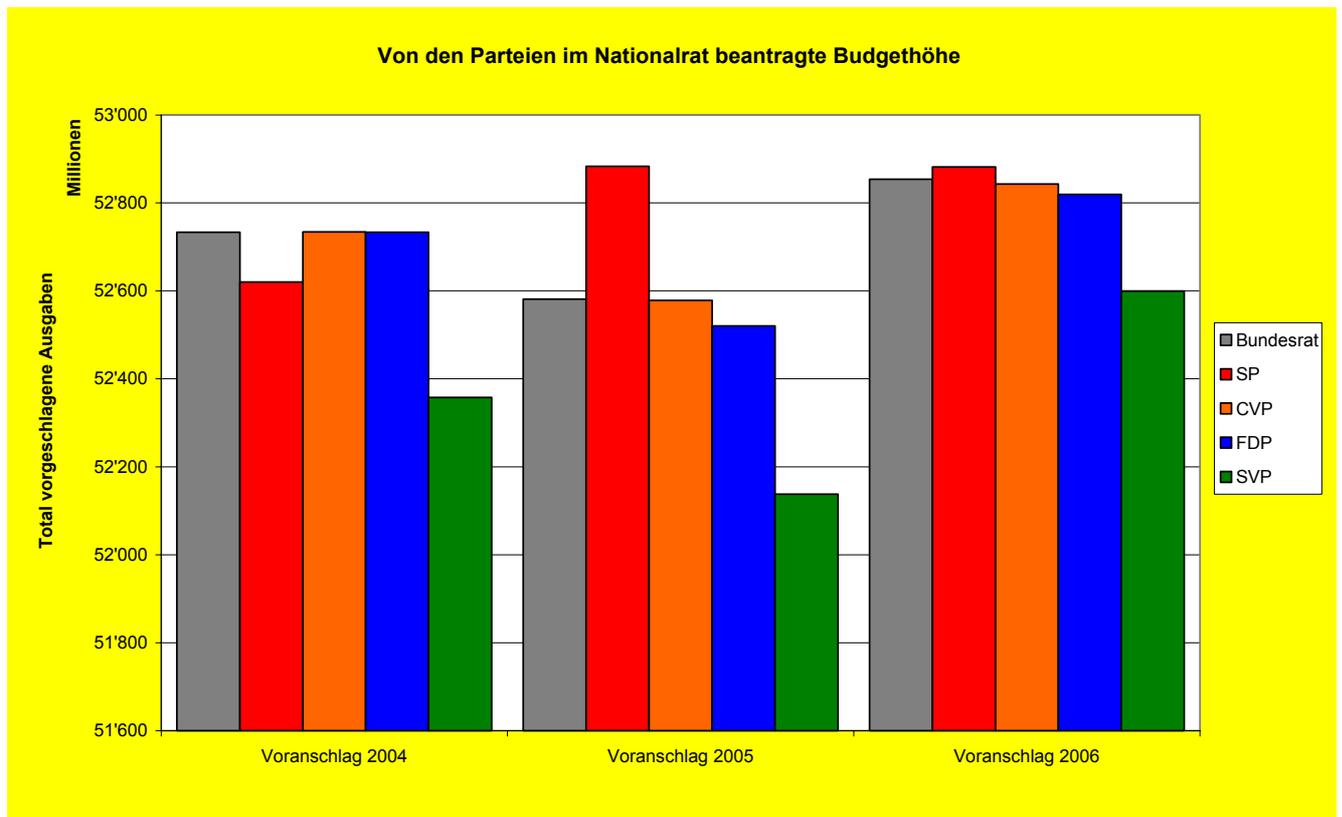
Nicht nur die SVP, auch die Mitteparteien geben sich in der Öffentlichkeit gerne als finanzpolitisch verantwortungsvolle Parteien. Denn es macht sich insbesondere in der Vorwahlkampfzeit gut, sich als bürgerlich, als liberal oder gar als Sparpartei der Mitte zu profilieren. Mindestens kommen diese Bemühungen solange gut an, als es nur um blasse Floskeln, Verlautbarungen und dergleichen geht und nicht um konkrete Beschlüsse im Parlament. Wenn aber die alljährlichen Budgetberatungen im Parlament anstehen, wollen CVP und FDP von ihren früher gemachten finanzpolitischen Ankündigungen nichts mehr wissen. Denn es wäre zu „unangenehm“, diese umzusetzen. Und selbst wenn den Sparankündigungen ein entsprechendes Abstimmungsverhalten während der Budgetberatungen folgt, treffen die Mitteparteien spätestens in den folgenden Sessionen so viele ausgabenrelevante Sachentscheide, welche die vorangegangenen Konsolidierungsbemühungen umgehend wieder wirkungslos machen – wenn nicht sogar noch verschlimmern.

- **Beispiel FDP:** Am 16. Februar 2005 war unter anderem im St. Galler Tagblatt zu lesen, dass sich die FDP der SVP-Forderung nach einem ausgeglichenen Voranschlag für das Jahr 2006 anschliessen möchte. Die FDP verlangte zusammen mit der SVP einen ausgeglichenen Voranschlag 2006. Als es dann aber konkret wurde, und aus den eigenen Reihen Widerstand gegen die konkreten Kürzungsvorschläge manifest wurde wollte die FDP von ihren früheren Ankündigungen auf einmal nichts mehr wissen. Am 25. November 2005 warf die FDP der SVP per Pressecommuniqué vor, sich aus dem bürgerlichen Kompromiss zu verabschieden, obwohl die SVP nur weiterhin das forderte, wofür sich die FDP 9 Monate zuvor in den Medien feiern liess. Auf einmal war bei der FDP von einem ausgeglichenen Voranschlag keine Rede mehr. Nur noch die SVP wollte im Parlament einen ausgeglichenen Voranschlag erreichen.
- **Beispiel CVP:** Als Präsident der Finanzkommission gab CVP-Nationalrat Felix Walker am 25. August 2005 an einem einzigen Morgen in der nationalrätlichen Finanzkommission viermal einen Stichentscheid gegen zusätzliche Einsparungen im Bundeshaushalt. Am 9. Februar 2006 lässt sich derselbe im Pressedienst der CVP wie folgt verlauten: „Wir sind für eine längerfristige Gesundheit des Bundeshaushalts; nur ein gesunder Staat ist ein leistungsfähiger und damit auch ein sozialer Staat.“ Da fragt sich der interessierte Bürger, wie der Staat gesunden soll, wenn die CVP-Politiker konkrete Einsparungen in der Kommission bekämpfen und alle Probleme auf die lange Frist – sprich Zukunft verschieben. Wie soll der Staat saniert werden, wenn alle Politikergenerationen die Sanierung auf die Zukunft aufschieben?

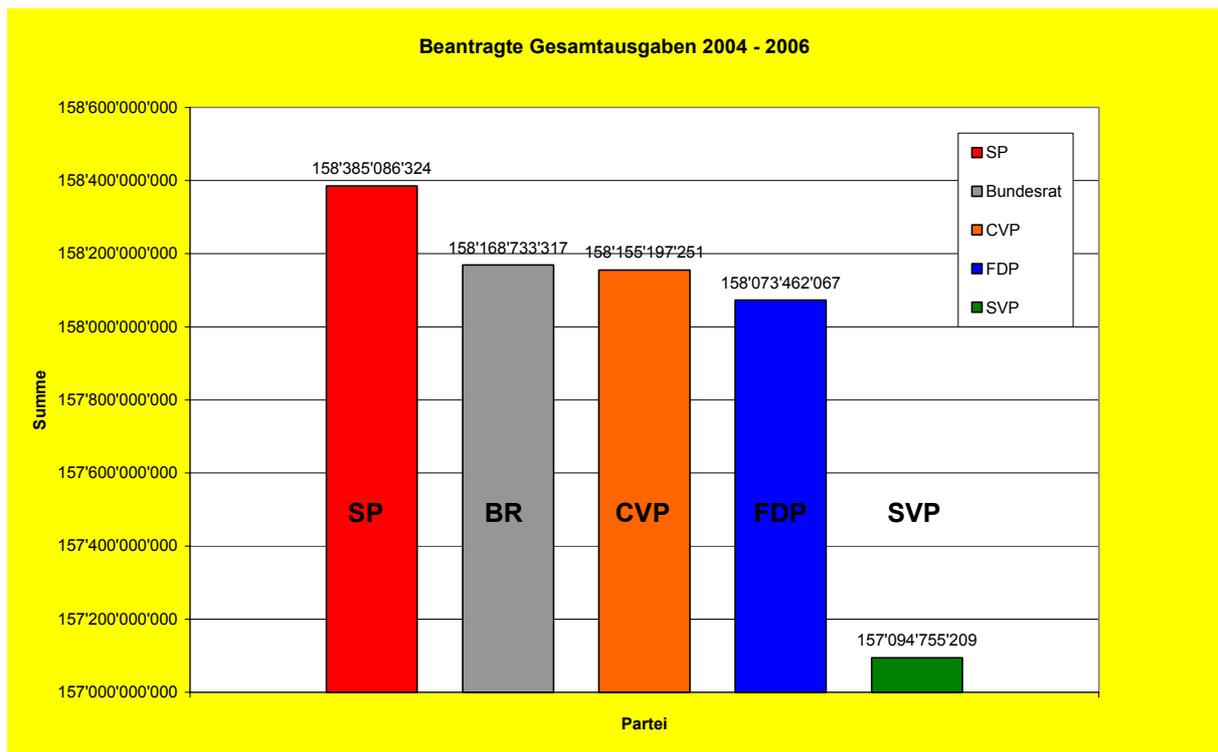
3.2 Finanzpolitik der Mitteparteien näher bei SP als bei SVP

Der mangelnde Wille, zu einer nachhaltigen Sanierung des Bundeshaushaltes lässt sich auch in Zahlen festhalten. In der laufenden Legislaturperiode fanden im Nationalrat drei Budgetberatungen statt. Anhand der dort vertretenen Anträge in der Erstberatung (im Ständerat ist ein solcher Vergleich aufgrund fehlender Namensabstim-

mungen nicht möglich) ergibt sich ein klares Bild über die eingeschlagene Finanzpolitik der einzelnen Fraktionen.



- Die SP möchte ausser im Bereich der Armee und Landwirtschaft praktisch überall Mehrausgaben gegenüber dem Bundesrat.
- Die CVP vertritt in vielen Abstimmungen die Position des Bundesrates.
- Die FDP liegt nahe bei der CVP, schlägt aber geringfügig tiefere Budgetsummen vor.
- CVP und FDP liegen mit ihrem Vorschlägen deutlich näher bei der SP als bei der SVP. Im Voranschlag 2004 schlug die SP gar tiefere Ausgaben vor als die Mitteparteien.
- Die SVP vertritt als einzige Partei eine Politik, welche klar darauf ausgerichtet ist, die Kosten zu senken, um den Finanzhaushalt wieder ins Lot zu bringen. Stellt man die Anträge der SVP ins Verhältnis zur Gesamtsumme des Bundeshaushalts, so liegen sie aber noch immer deutlich unter der 1%-Grenze. Es handelt sich also keineswegs um Vorschläge, welche den Staat zu Tode sparen wollten, sondern lediglich um Kostensenkungsmassnahmen im normalen Ausmass, wie sie in jeder Unternehmung praktiziert werden.



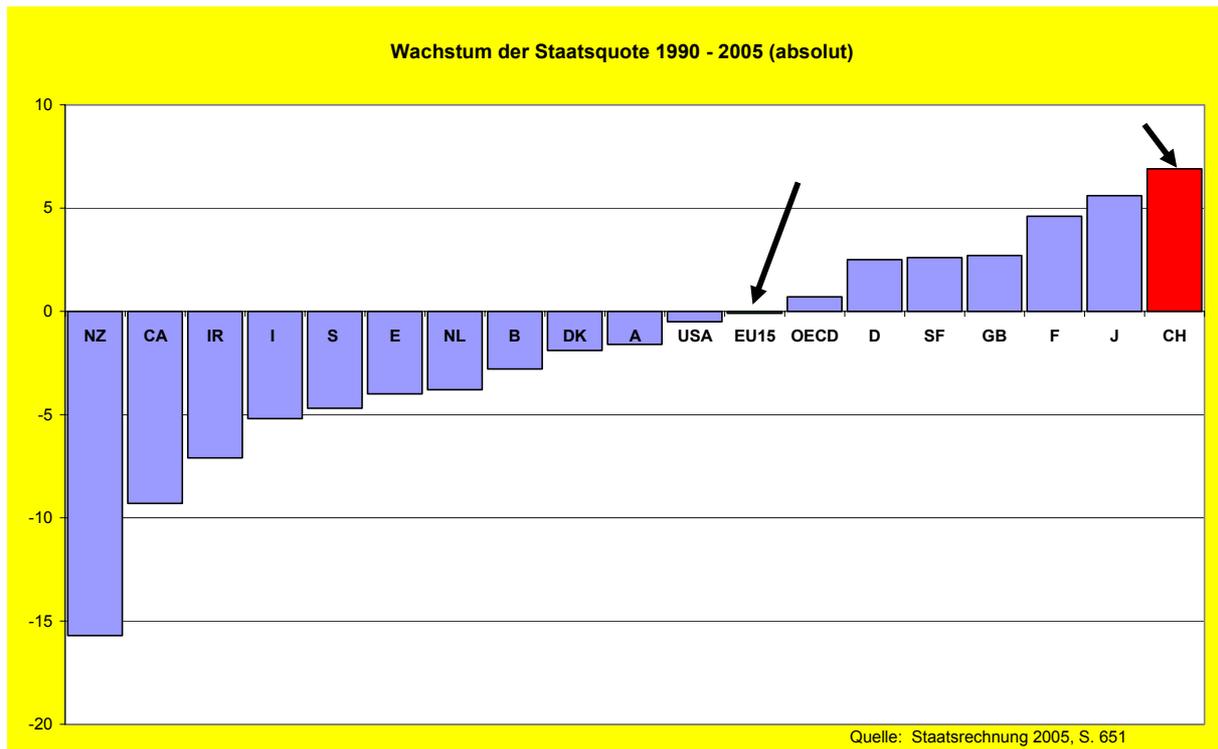
Die SVP, oftmals als Neinsagerpartei beschimpft, bekämpfte gerade mit dem „Nein-Sagen“ die vielen neuen teuren Begehrlichkeiten, welche dazu führten, dass der Bundeshaushalt immer mehr aus seinen Nähten platzt. Die SVP befindet sich in der Finanzpolitik oftmals alleine auf weiter Flur und bürgerliche Unterstützung bleibt aus. Vielfach mangelt es den anderen bürgerlichen Parteien am notwendigen Willen und dem notwendigen Engagement. CVP und FDP ziehen es vor, die Bemühungen der SVP nach einem ausgeglichenen Bundeshaushalt zu kritisieren statt selber Alternativvorschläge auszuarbeiten. Im Gegenzug tragen FDP und CVP zusammen mit den Linken die Verantwortung für die stark expansive Haushaltsentwicklung sowie die immer stärkere Verschuldung des Bundes.

3.3 Oft kritisierte finanzpolitische Gradlinigkeit der SVP

Oftmals wird gerade die Konsequenz in der Finanzpolitik der SVP zum Vorwurf gemacht. Die SVP „spare den Staat zu Tode“, sie „hungere den Staat aus“ oder sie „demontiere den Staat“. Hinter diesen simplen Schlagworten stecken schlicht und einfach Lügen. Denn es ist weitaus einfacher, die SVP für ihre konsequente Haltung zu kritisieren als die Sparanstrengungen der SVP zu unterstützen und sich gegen parteiinterne Widerstände, Lobbyisten und vom Staat Abhängige durchzusetzen.

Hier die am meisten geäußerten Vorwürfe an der SVP-Finanzpolitik und die Zahlen, welche sie widerlegen:

- **„Der Staat wird zu Tode gespart“:** Diese Aussage wird sogar von gewissen Bundesräten vertreten. Nur: Wenn der Staat wirklich zu Tode gespart würde, wundert man sich, warum sich die Ausgaben des Bundes bis 2009 gegenüber 1990 verdoppelt haben werden. Wieso hat sich die Staatsquote (Bund, Kantone und Gemeinden) in den letzten 15 Jahren von 30.0 auf 36.9 Prozent, also um 6.9 Prozent erhöht? Die stark angestiegene Staatsquote zeigt, dass nicht gespart wurde. Die Staatsausgaben wachsen viel stärker als die Wirtschaft. Unser Staat ist heute aufgebläht und verfettet. Die Schuldenbelastung nimmt immer mehr zu - trotz Schuldenbremse und Überschüssen in der Finanzrechnung.



- **„Der Staat wird ausgehungert“:** Die Masseinheit, um festzustellen, ob der Staat weniger Mittel erhält, also „hungern“ muss, ist die Steuerbelastung. Auch hier: Die Steuern wurden nicht gesenkt. Im Gegenteil: In keinem anderen OECD-Staat nahm die Steuerbelastung seit 1990 stärker zu als in der Schweiz (siehe dazu Grafik im Kapitel 6.2). Es sind wohl viel eher die Bürgerinnen und Bürger, die sich bald einmal ausgehungert vorkommen müssen, wenn sie jedes Jahr die Hälfte ihres Einkommens dem Staat überlassen müssen.
- **„Der Staat wird demontiert“:** Wo bitte findet eine Demontage statt? Solange der Personalbestand in der öffentlichen Hand wächst, kann wohl nur schwerlich von Demontage gesprochen werden. Nur gerade in den zwei SVP-Departementen wurde gespart: Im VBS wurde unter Bundesrat Schmid parallel zur Verkleinerung der Armee Personal abgebaut, und im EJPD beweist der ehemalige Unternehmer Christoph Blocher, dass ein Abbau auch ohne Leistungsabbau möglich ist. Ist der Staat deshalb demontiert worden?

3.4 Für einen gesunden Staat braucht es mehr SVP

Im Unterschied zu CVP und FDP ist die SVP-Finanzpolitik gradlinig und ohne Zick-Zack-Kurs. Die SVP verfolgt eine permanent auf einen ausgeglichenen Bundeshaushalt ausgerichtete Finanzpolitik. Die SVP hält sich an die von ihr gemachten Äusserungen über die Entwicklung des Bundeshaushalts.

Angesichts der drückenden Ausgangslage, in welcher Defizite, Schulden und Budgetüberschreitungen zum Tagesgeschäft gehören, kann nur eine konsequente gradlinige Politik zu einem gesunden Staatshaushalt führen. Hierzu soll der Staat nur die absolut notwendigen Staatsaufgaben wahrnehmen. Die Aufgaben, welche wahrgenommen werden, müssen effizient und kostengünstig und mit möglichst wenig öffentlichen Mitteln ausgeführt werden. Der Staat soll nicht mehr ausgeben als er einnimmt. Denn die Verschuldung von heute sind die Zinsverpflichtungen von morgen! Wir können es uns nicht länger leisten, mit der Kreditkarte unserer Gross- und Urgrosskinder einkaufen zu gehen.

Wer einen gesunden Staat will, welcher den Bürgern und der Wirtschaft die notwendige Freiheit lässt, muss SVP wählen – denn die SVP ist die einzige Alternative zur ewigen „Ja-Sager“-Politik von Mitte-Links, welche unsere Schulden in die Höhe schnellen liess.

Nur unter dem Druck der immer stärker werdenden SVP konnten die Schuldenbremse eingeführt und zwei Entlastungsprogramme unter Dach gebracht werden. Dank der Zweiervertretung der SVP im Bundesrat wird endlich auch im Bund darüber gesprochen, wie der Bundeshaushalt saniert werden soll. Dank dem grossen finanzpolitischen Druck der SVP weist der Bundesrat im nächsten Jahr einen positiven Voranschlag aus. Die SVP wirkt.

Doch leider ist der Bundeshaushalt von einer nachhaltigen Gesundheit noch weit entfernt, denn die Schulden werden weiterhin ansteigen. Daher wird die SVP weiterhin Druck machen, damit der Bundeshaushalt auch in Zukunft konsolidiert wird, die Sozialwerke finanzierbar sind und endlich Schulden abgebaut werden können. Für einen gesunden Staatshaushalt braucht es mehr SVP! - Die Alternative dazu ist, dass zukünftige Generationen endgültig in der Schuldenfalle landen.

4 Die finanzpolitischen Grundsätze der SVP

Es ist höchste Zeit für die Schweiz, eine Trendwende einzuleiten. Es braucht wieder mehr Freiheit und Selbstverantwortung und weniger Staat. Es braucht eine solide Finanzpolitik, welche Leistung von Individuen und Unternehmen belohnt und nur die absolut notwendigen Aufgaben an den Staat überträgt. Damit ist eine notwendige Grundbedingung für eine florierende Wirtschaft und die Sicherung der Arbeitsplätze gegeben.

Folgende Grundsätze gelten als Leitlinie für die SVP-Finanzpolitik:

- 1. Viel Freiheit und Selbstverantwortung statt ein überfetteter Staat**
- 2. Den Bürgerinnen und Bürgern möglichst viel Geld lassen und Leistung belohnen**
- 3. Nicht mehr ausgeben als einnehmen**

Diese Grundsätze gewährleisten eine gesunde Finanzierung der notwendigen Staatsaufgaben bei möglichst geringer Belastung des Einzelnen und gleichzeitiger Förderung der gesellschaftlichen Prosperität.

4.1 Viel Freiheit und Selbstverantwortung statt ein überfetteter Staat

Zentrale Grundbedingung für jeden Staat ist eine florierende Wirtschaft. Nur mit einem gut funktionierenden Wirtschaftssystem können Staaten auf die sich stellenden Herausforderungen der Demographie oder der immer schnelleren technologischen Anpassungen reagieren. Damit die Wirtschaft florieren kann, braucht sie aber ihren Spielraum. Hat sie diesen nicht und wird sie vom Staat übermässig belastet, so ist dies das Ende jedes funktionierenden Marktes. Daher braucht es einen schlanken Staat. Nur mit einem freiheitlichen auf Selbstverantwortung basierenden System kann sich die Wirtschaft frei entfalten. Heute wächst hingegen vor allem der Staatsapparat. Er ist nicht mehr schlank, sondern überfettet und aufgebläht. Dies muss sich ändern. Denn die Wirtschaft muss wachsen, nicht der Staat mit seiner Regulierungswut!

4.2 Den Bürgerinnen und Bürgern möglichst viel Geld lassen und Leistung belohnen

Was für die Wirtschaft seine Richtigkeit hat, gilt auch für die Bürger. Der Staat muss den Bürgern die notwendige Freiheit geben. Nur wenn die Bürger vom Staat nicht an ihrer Entfaltung gehindert werden und sich Leistung lohnt, sind sie bereit, mehr zu leisten. Mit Bussenterror, gleichmacherischen Steuersätzen und immer stärker anwachsenden Gebühren wird Nichtstun belohnt und Leistung weggesteuert oder bestraft. Dies muss sich ändern. Der Staat darf den Bürgern nur soviel Geld wegnehmen, wie er zur Erfüllung der unabdingbaren Staatsaufgaben benötigt. Dazu trägt auch ein intensiver Steuerwettbewerb bei. Der Wettstreit unter Kantonen und Ge-

meinden führt insgesamt zu tieferen Steuern und einer effizienteren Verwendung der Steuermittel.

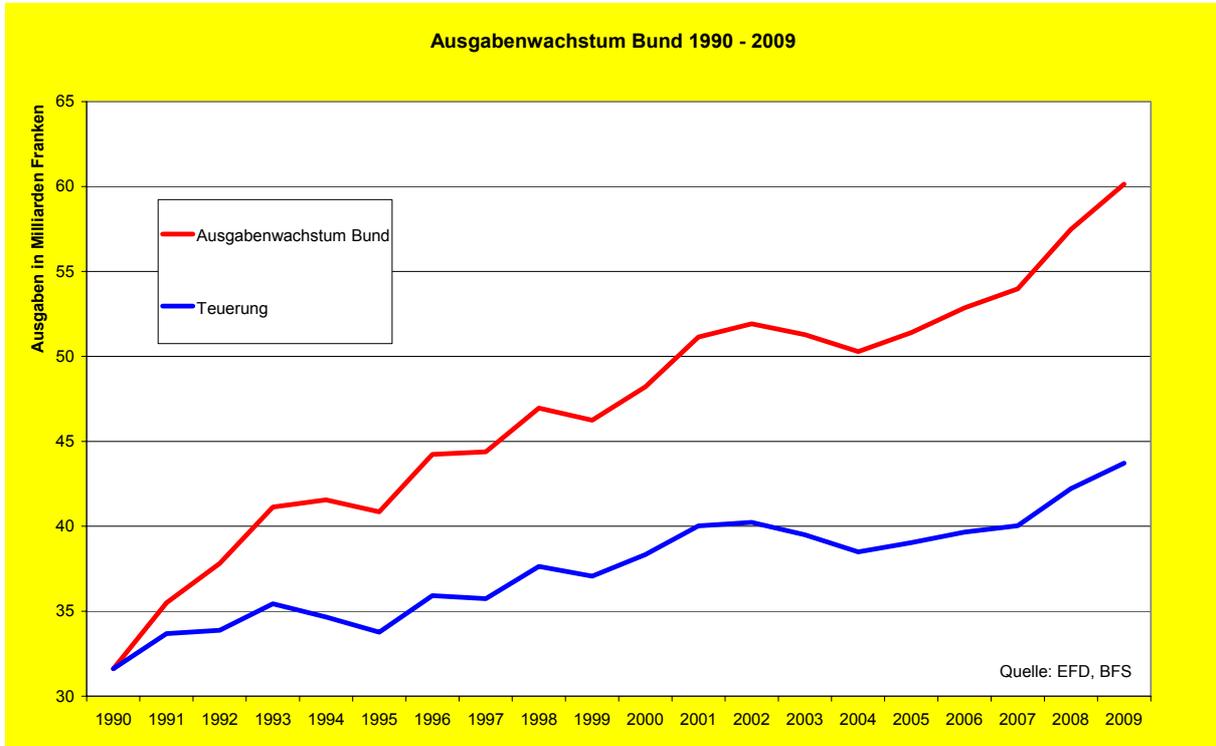
4.3 Nicht mehr ausgeben als einnehmen

Wäre dieser Grundsatz in der Vergangenheit immer befolgt worden, so hätte die öffentliche Hand keine Schulden. Doch das Gegenteil ist der Fall. Der Staat hat in der Vergangenheit oftmals mehr ausgegeben als er eingenommen hat. Damit ging er den Weg des geringsten Widerstandes. Es ist einfacher, auf Kosten derjenigen zu leben, welche noch gar nicht geboren sind, als von denjenigen, welche schon heute hohe Steuern zahlen, noch mehr Steuern, Gebühren und Abgaben zu verlangen, um die überbordende Staatstätigkeit zu finanzieren. Die Schuldenbelastung in der Schweiz darf nicht länger anwachsen. Sie muss zumindest durch die Wirtschaftsentwicklung und die Teuerung über die Jahre an Gewicht verlieren. Unser Staat kann diese Begrenzung gut verkraften, wenn der Wille dazu vorhanden ist.

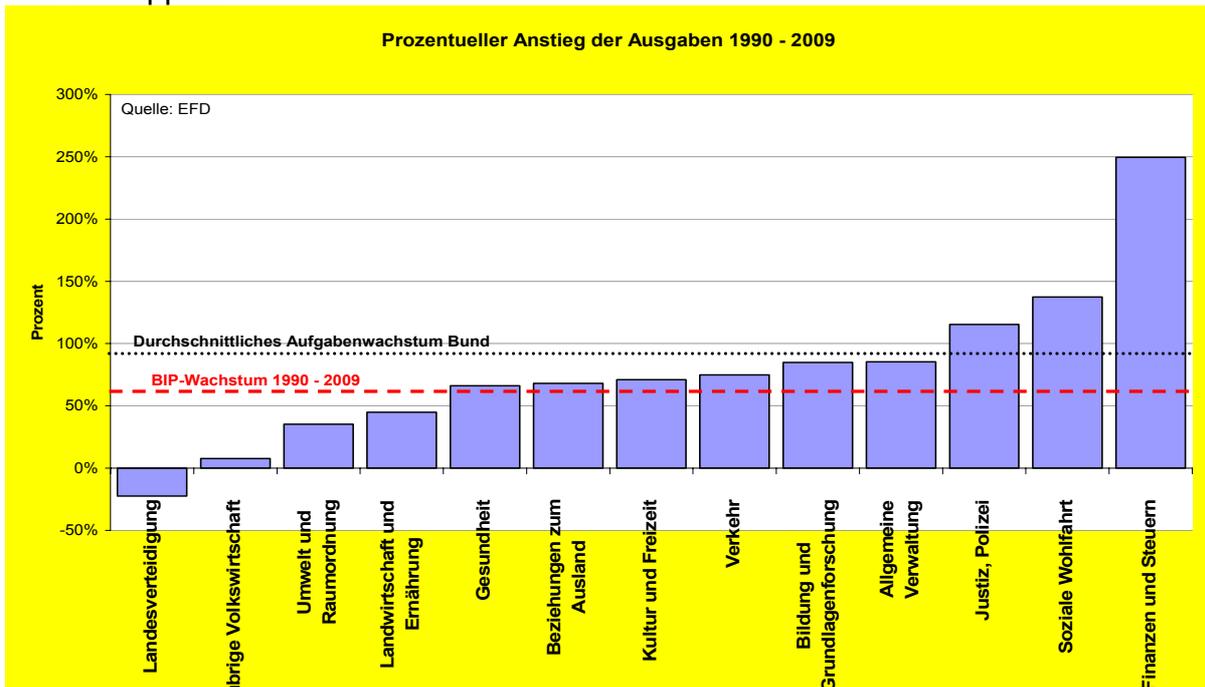
5 Der überfettete Wohlfahrtsstaat

5.1 Verdoppelung der Ausgaben des Bundes in 20 Jahren

In den letzten 15 Jahren stiegen die Staatsausgaben stark an. Im Unterschied zu den Jahren davor blieben aber Wirtschaftswachstum und Teuerung auf einem relativ tiefen Niveau.

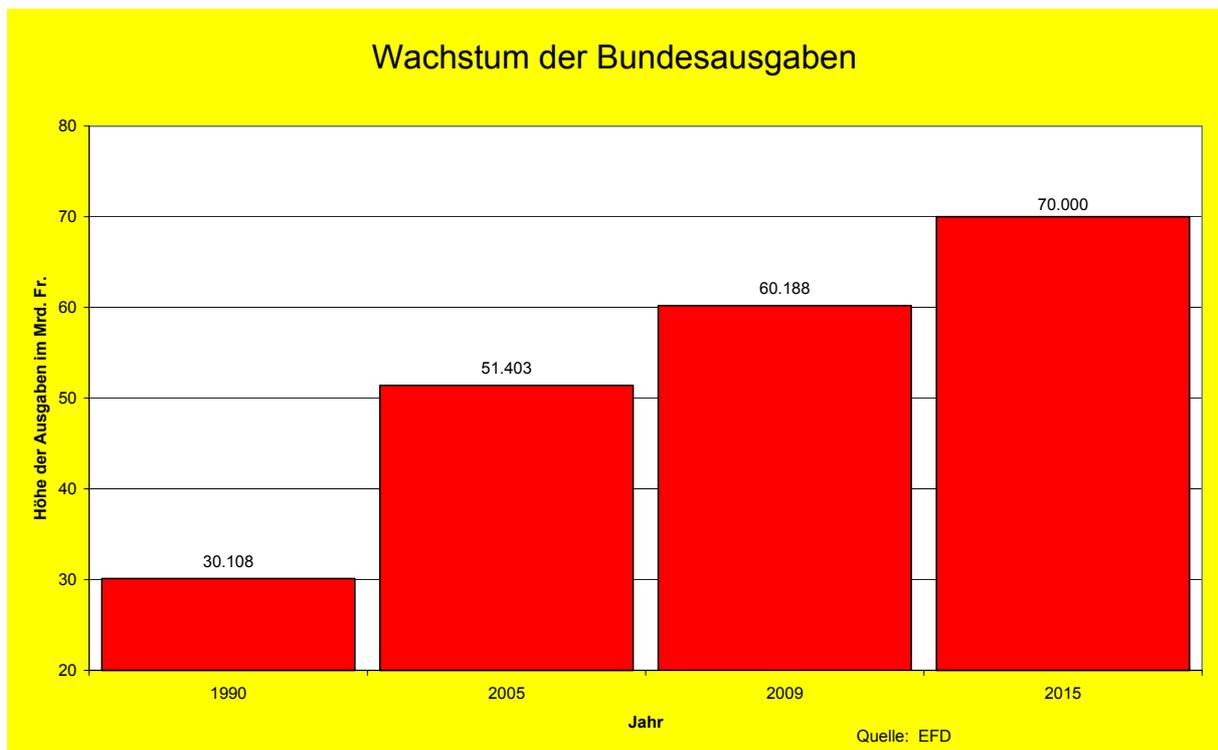


Im Jahr 1990 verzeichnete der Bund ein Ausgabenniveau von rund 31.6 Milliarden Franken. Im Jahr 2009 werden es gemäss Finanzplan des Bundes 60.1 Milliarden Franken sein. Innerhalb von nur 20 Jahren haben sich somit die Ausgaben des Bundes verdoppelt.



Praktisch alle Aufgabenbereiche verzeichnen ein Aufgabenwachstum, welches dasjenige des Bruttoinlandproduktes übersteigt. Rückläufig ist im Bundeshaushalt einzig der Bereich der Landesverteidigung.

Der Bund benötigt immer mehr Mittel zur Erfüllung seiner Aufgaben. Dadurch haben die Bürger immer weniger zum Leben. Aber auch Kantone und Gemeinden benötigen immer mehr Mittel. Unter dem Strich resultiert eine hohe Bürokratie, viel Staatsintervention und weniger verfügbares Einkommen für alle.



Soviel Geld gibt der Bund aus:

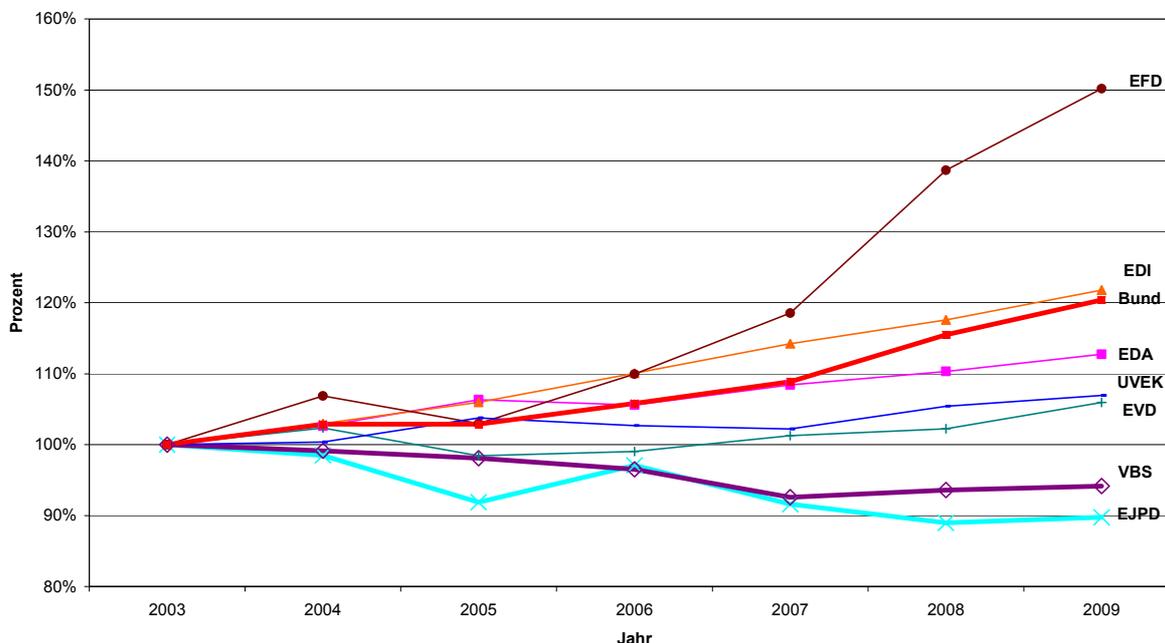
Jahr	Aussgaben	pro Einwohner	pro 4-köpfige Familie
1990	31.6 Mrd. Fr.	4'683 Fr.	18'733 Fr.
2004	50.2 Mrd. Fr.	6'781 Fr.	27'125 Fr.
2009	60.1 Mrd. Fr.	8'203 Fr.	32'813 Fr.
2015	70.0 Mrd. Fr.	8'880 Fr.	35'519 Fr.

5.2 Grosse Unterschiede nach Departementen

Das Ausgabenwachstum ist aber nicht nur durch die politischen Notwendigkeiten und Rahmenbedingungen bestimmt, sondern auch dadurch, wie die Departementsvorsteher ihre Führungsverantwortung wahrnehmen. Während in fünf Departementen die Ausgaben im Jahr 2009 (so weit reicht die Finanzplanung) höher sein werden als im Jahr 2003 (Beginn der aktuellen Legislaturperiode), werden das Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) sowie das Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) massive Kosteneinsparungen vorweisen.

Ausser in den von SVP-Bundesräten geführten Departementen steigen die Ausgaben überall an, teilweise sogar stark. Am meisten nehmen die Ausgaben in den von FDP-Magistraten geführten Departementen zu.

Ausgabenentwicklung nach Departement 2003 - 2009



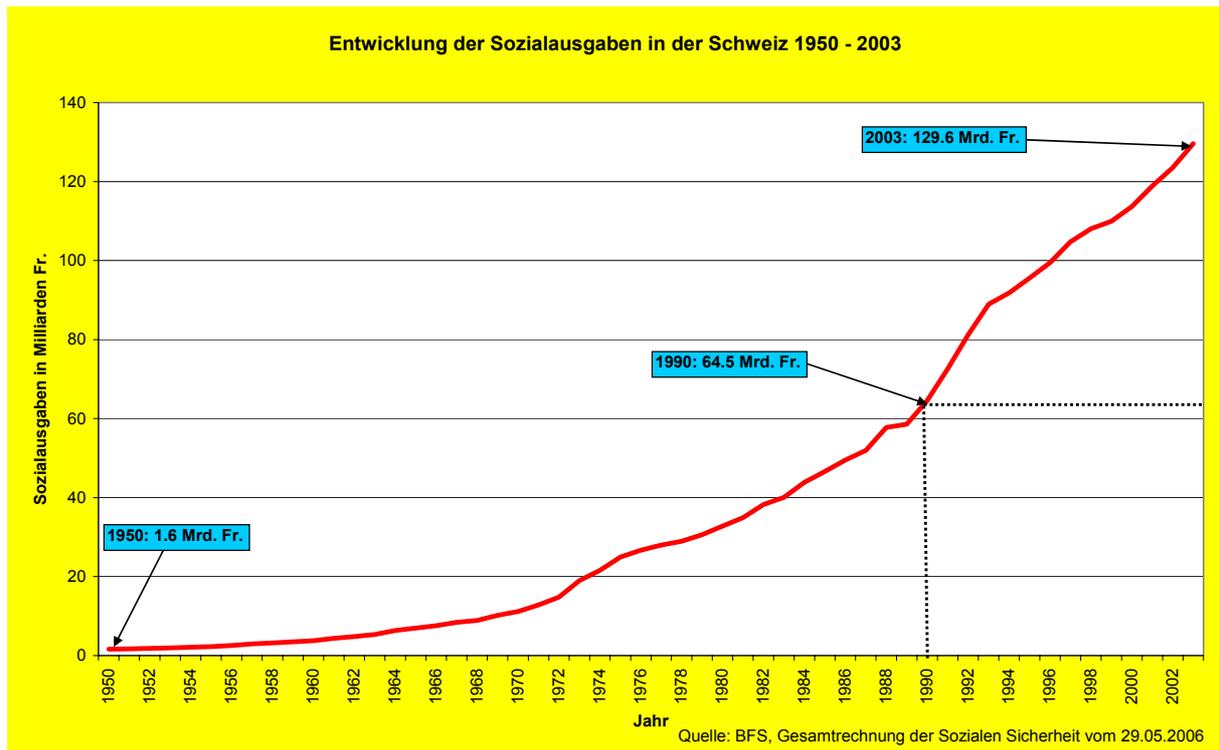
So nehmen die Departementsvorsteher ihre Finanzverantwortung war:

Departement	Bundesrat/Partei	Anstieg
Finanzdepartement (EFD)	BR Merz / FDP¹	+50%
Departement des Innern (EDI)	BR Cochapin / FDP	+22%
Aussendepartement (EDA)	BR Calmy-Rey / SP	+15%
Infrastrukturdepartement (UVEK)	BR Leuenberger / SP	+ 7%
Volkswirtschaftsdepartement (EVD)	BR Deiss/Leuthard / CVP	+ 6%
<hr/>		
Verteidigungsdepartement (VBS)	BR Schmid / SVP	- 6%
Justizdepartement (EJPD)	BR Blocher / SVP	- 10%

5.3 Sozialausgaben bilden grössten Ausgabenposten

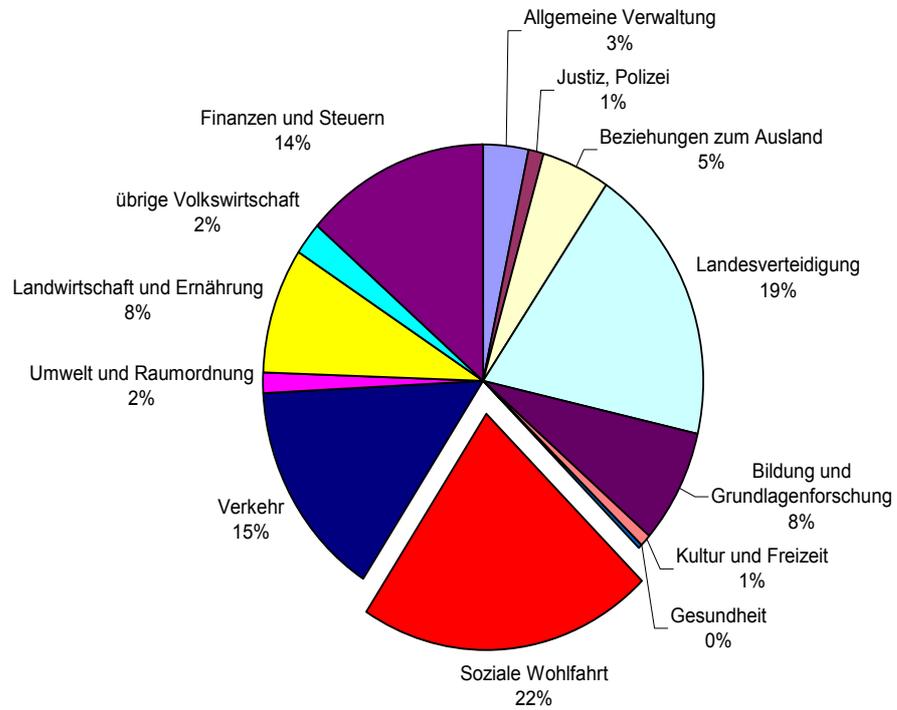
Der am stärksten steigende Ausgabenbereich ist nebst den Ausgaben im Bereich der Steuererhebung ganz klar der Bereich der Sozialwerke. Sie machten 1990 einen Anteil von 22% des Bundeshaushaltes aus. Im Jahr 2009 wird der Anteil der Sozialwerke am Bundeshaushalt auf 28%, sofern vom Parlament keine zusätzlichen Sozialleistungen beschlossen werden. Während die Sozialausgaben im Jahr 1960 noch weniger als 2 Milliarden ausmachten, betragen sie in der Schweiz mittlerweile rund 130 Milliarden Franken pro Jahr. 11% davon werden durch den Bund finanziert. Zwischen 1990 (gestrichelte Linie) und 2003 haben sich die Sozialausgaben verdoppelt.

¹ Es gilt anzumerken, dass die Ausgaben im Finanzdepartement aufgrund der Schuldzinsen und transitorischen Steueraufwendungen nur teilweise beeinflusst werden können.

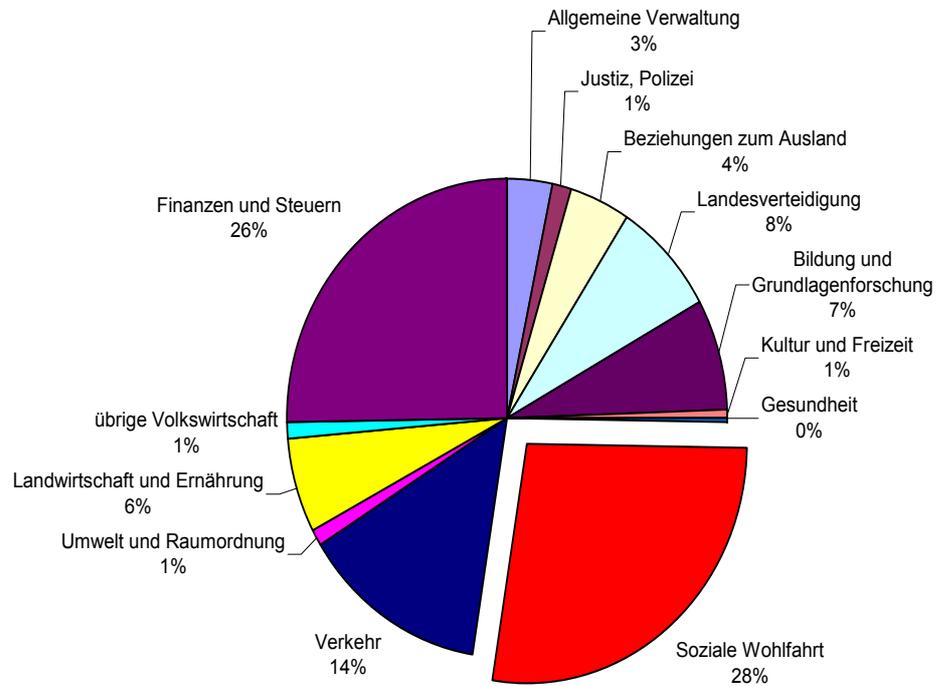


Die immer stärker steigenden Sozialausgaben auferlegen dem Bundeshaushalt, aber auch den Haushalten in Kantonen und Gemeinden einen starken Expansionsdruck. Die Ausgabensteigerungen für Sozialausgaben sind aber deutlich höher als die politisch durchsetzbaren Wachstumsraten der einzelnen Etats. Dadurch kommen wichtige Aufgaben unseres Landes im Bereich der Sicherheit, der Versorgung und des Strassenverkehrs unter Druck. Die Landesverteidigung musste beispielsweise massiv Federn lassen, und es stellt sich vermehrt die Frage, ob die Armee mit den heutigen Mitteln eine Landesverteidigung in notwendigem Ausmass überhaupt noch gewährleisten kann.

Ausgaben nach Sachgruppen 1990



Ausgaben nach Sachgruppen 2009

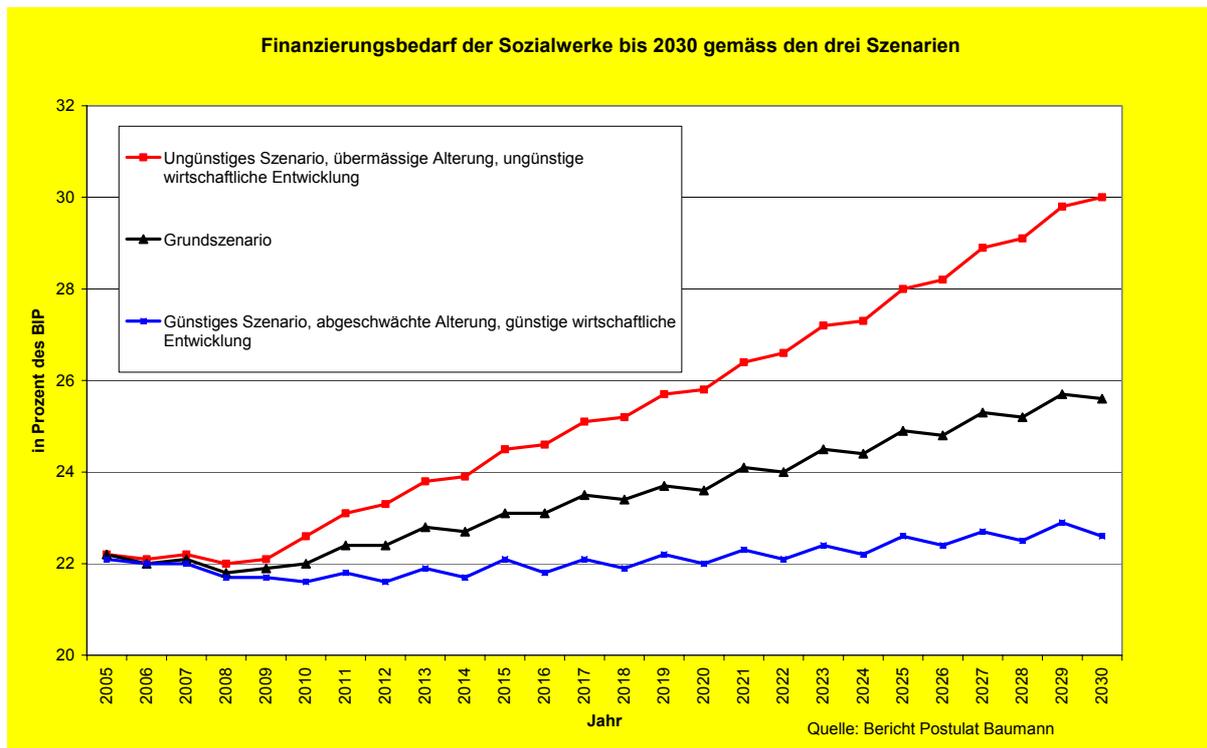


5.4 Düstere Zukunftsperspektiven für die Sozialwerke

Obwohl die Sozialwerke in der Vergangenheit bereits einen enormen Anstieg verzeichneten, werden sie auch in Zukunft zu den Ausgabenbereichen mit dem stärksten Wachstum gehören. Die folgende Zusammenstellung gibt über den Stand und die aktuellen Probleme in den einzelnen Sozialwerken Auskunft:

Invalidenversicherung (IV)	Defizit 2005 1.76 Milliarden, Schulden per Ende 2005 7.8 Milliarden IV-Revision im Gang. Trotzdem werden die Defizite in den nächsten Jahren um rund 1.5 – 2 Milliarden ansteigen. Die SVP fordert daher eine 6. IV-Revision zur Sanierung der IV.
Arbeitslosenversicherung (ALV)	Defizit 2003 – 2005 5 Milliarden, Schulden 5.2 Milliarden; der Bund hat bereits eine Beitragserhöhung geplant.
Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV)	Im Jahr 2009 erstmals ein Defizit von 1 Milliarde, Deckung AHV-Fonds 2005 noch 87% statt 100%; 11. AHV-Revision in diesem Jahr im Parlament.
Ergänzungsleistungen (EL)	Ende 2005 244'500 Bezüger (Zunahme von 4.1%). Die Bezügerzahlen erhöhten sich in erster Linie bei den EL zur IV stark. 29 Prozent der IV-Rentner und -Rentnerinnen bezogen eine EL. 2005 betrug die Ausgaben knapp 3 Milliarden Fr. (Zunahme von 4.7%).
Berufliche Vorsorge (BVG)	Ende 2004: Unterdeckung 25.7 Milliarden, 10% der Vorsorgeeinrichtungen Zudem wurden für die Sanierung der Bundespensionskasse bereits über 34 Milliarden Franken an Steuergeldern investiert. Weitere Milliardenforderungen drohen in den öffentlichen Pensionskassen (Publica, Post, SBB).
Gesundheitskosten (KVG)	Jährliche Wachstumsraten von 6%. Steigerung der Prämien bei Erwachsenen seit Einführung des Krankenversicherungsgesetzes (KVG) um über 66%, bei Jugendlichen gar über 90%.
Prämienverbilligungen (KVG)	Aufgrund der starken Kostensteigerung im Bereich der obligatorischen Krankenversicherung werden immer mehr Bundesmittel für die Prämienverbilligung eingesetzt. Im Jahr 2006 gibt alleine der Bund knapp 2.2 Milliarden Franken für Prämienverbilligungen aus.
Erwerbsersatzordnung (EO), inkl. Mutterschaftsversicherung	Ist ab 2008 erschöpft, Beitragserhöhung von 0.2 Lohnprozenten geplant. Die Erhöhung ist absehbar, weil die Mutterschaftsversicherung massive Mehrkosten verursacht.
Sozialhilfekosten / Fürsorge	Explodieren (alleine das Budget der Stadt Zürich beträgt 1 Milliarde Franken).
Unfallversicherung (UVG)	Prämienerhöhungen 2004 im Berufsunfall-Bereich: Suva 7%, Nichtbetriebsunfallbereich 13% (ab 2005).
Familienzulagen	Neu verabschiedetes Familienzulagengesetz (FamZG) kostet die Wirtschaft 700 Millionen pro Jahr mehr als bisher. Abstimmung über das Referendum voraussichtlich im November 2006.
Krippenfinanzierung	Neues Gesetz kostet die Steuerzahler 50 Millionen Fr. pro Jahr

Der Finanzierungsbedarf für die Sozialwerke wird weiter zunehmen. Der Bundesrat hat dies kürzlich in seiner Antwort auf ein Postulat von SVP-Nationalrat J. Alexander Baumann bestätigt². Der Bundesrat geht von bis 2030 von einem zusätzlichen Finanzierungsbedarf von 3% des Bruttoinlandproduktes, im Moment ca. 14 Milliarden Franken, aus. Wollte man die Soziallastquote auf dem heutigen Niveau stabilisieren, wäre gemäss Bundesrat eine Leistungskürzung von 12.2% notwendig. Würde der Finanzierungsbedarf gemäss ungünstigem Szenario gar um 8 Prozentpunkte zunehmen, würde dies bis ins Jahr 2030 einen zusätzlichen Finanzierungsbedarf von knapp 40 Milliarden Franken alleine für die Sozialwerke bedeuten! Anhand dieser Zahlen wird klar ersichtlich, wie der überbordende Wohlfahrtsstaat den gesamten Staatshaushalt aus dem Gleichgewicht gebracht hat. Der Wohlfahrtsstaat ist dadurch zunehmend in Frage gestellt.



² Bericht über die Entwicklung der Sozialwerke und die Stabilisierung der Soziallastquote in Erfüllung des Postulats 00.3743 Baumann J. Alexander vom 15. Dezember 2000.

5.5 Unbezahlbare Eisenbahngrossprojekte

Als am 29. November 1998 über die Finanzierung des öffentlichen Verkehrs abgestimmt wurde, präsentierte der Bundesrat dem Volk eine Abstimmungsvorlage, welche die Finanzierung von Infrastrukturvorhaben des öffentlichen Verkehrs sichern sollte. Anlass für die FinöV-Abstimmung war die vorangegangene Kostenüberschreitung beim Bau der Bahn2000 und NEAT, welche neue Finanzierungsquellen unumgänglich machten.

Die Abstimmungsvorlage sah vier Teilprojekte vor, welche mittels FinöV finanziert werden sollten. Darin enthalten waren die folgenden Projekte mit folgenden Kosten:

Bahn 2000; 1. & 2. Etappe	Kosten 13.4 Milliarden Fr.
NEAT	Kosten 13.6 Milliarden Fr.
Hochgeschwindigkeitsanschlüsse	Kosten 1.2 Milliarden Fr.
Lärmschutz	Kosten 2.3 Milliarden Fr.
Total	30.5 Milliarden Fr.

Die Kosten für die vier Eisenbahnprojekte betragen insgesamt 30.5 Mrd. Fr. Verteilt auf die gesamte Bauzeit von 20 Jahren sind das im Durchschnitt 1.5 Mrd. Franken jährlich. Soweit die Theorie aus dem Abstimmungsbüchlein von 1998. Heute sieht die Lage viel teurer aus. Die aus den kumulierten Gesamtaufwendungen des FinöV-Fonds ermittelten Kosten ergeben eine erschreckende Erkenntnis über den Gesamtaufwand:

Jahr	Gesamtaufwand pro Jahr	TOTAL
RE 1998	978'034'563	978'034'563
RE 1999	1'418'301'816	2'396'336'379
RE 2000	2'096'964'959	4'493'301'338
RE 2001	2'416'119'806	6'909'421'144
RE 2002	3'159'846'564	10'069'267'708
RE 2003	3'217'333'695	13'286'601'403
RE 2004	3'134'819'546	16'421'420'949
RE 2005	5'786'216'752	22'207'637'701
VA 2006	3'254'416'591	25'462'054'292
FP 2007	3'324'100'000	28'786'154'292
FP 2008	3'319'920'000	32'106'074'292
FP 2009	3'332'264'000	35'438'338'292

Quelle: Rechnung, Voranschlag und Finanzplan des Bundes, Anhang Eisenbahngrossprojekte. Für die Jahre 2007 bis 2009 musste eine Annahme bezüglich Wertberichtigung der Darlehen getroffen werden, da keine Zahlen dem Finanzplan zu entnehmen waren. Es wurde jeweils der Mittelwert der vorangegangenen 5 Jahre verwendet.

Die Gesamtkosten der FinöV-Vorlage betragen gemäss Abstimmungsbüchlein vom 29. 11. 1998 30.5 Milliarden Franken. Wie aus obigen Zahlen ersichtlich ist, wird der vom Volk bewilligte Kredit bereits im Laufe des Jahres 2008 überschritten. Würde man die Teuerung noch mit berücksichtigen, wäre die Kostenlimite spätestens im Jahre 2010 erschöpft.

Trotz Ausschöpfung des Kostendachs werden im Jahr 2009/2010 noch wesentliche FinöV-Projekte nicht vollendet bzw. nicht einmal begonnen worden sein! Der Gott-hard-Basistunnel wird im Jahr 2009 noch im Bau, die 2. Etappe der Bahn 2000, der

Hirzel- sowie der Zimmerbergtunnel noch nicht einmal begonnen, HGV-Anschlüsse werden ebenfalls im Bau, und die Lärmsanierungsmassnahmen werden ebenso noch nicht vollendet sein. Ausserdem leistet man sich die teure Uri-Bergvariante. **Trotz dieser bedrohlichen Aussichten unterlässt es der Bund, Parlament und Stimmvolk klaren Wein über das finanzielle Debakel der Eisenbahngrossprojekte einzuschenken! Während der private Euro Tunnel unter dem Aermelkanal zwischen England und Frankreich in den logischen Konkurs geht, lässt sich der Bund immer neue Belastungen ohne entsprechenden Nutzen aufbürden.**

Die SVP fordert noch vor den Wahlen eine Gesamtschau über die Finanzierung des öffentlichen Verkehrs.

5.6 Der Bundesrat gibt so viel aus, wie er will!

Im Oktober 2004 reichten Ständerat Schweiger (FDP) und Nationalrat Loepfe (CVP) zwei gleich lautende Motionen ein³, welche die Räte anschliessend überwiesen. Die Motionen wollen das Ausgabenwachstum begrenzen, indem die Ausgaben bis ins Jahr 2008 nicht mehr als 3 Milliarden Franken im Verhältnis zu 2004 ansteigen dürfen. Durch die Annahme des Motionstextes in beiden Räten ist deren Inhalt für den Bundesrat verbindlich. Trotzdem reagierte der Bundesrat mit einem fragwürdigen Bericht zu Handen der Finanzkommissionen beider Räte. Unsere Regierung versucht nun auf 19 Seiten darzulegen, weshalb die Motionäre ihre Motion wohl nicht wörtlich gemeint haben können, anstatt aufzuzeigen, wie die Motion wortgetreu und im Sinne der Verfasser umgesetzt werden kann. O-Ton Bundesrat: „Die wortgetreue Umsetzung der Motion Schweiger ist nicht sachgerecht und aus Sicht des Bundesrates nicht umsetzbar.“

Statt unverzüglich umzusetzen, kanzelt unser Bundesrat den Willen des Gesetzgebers als „nicht sachgerecht“ ab. Ein untragbares Verhalten unserer Landesregierung. Insbesondere, da der heutige Finanzminister Hans-Rudolf Merz (FDP) als Ständerat selber eine Motion einreichte⁴, welche das gleiche Ziel verfolgte wie die nun zur Diskussion stehenden Motionen.

5.7 Die Schuldenwirtschaft nimmt zu

Wie im Kapitel 2.2 erwähnt, sind die Staatsschulden rasant angestiegen. Doch die öffentlichen Schulden sind nicht einfach beim Staat und gehen die Bürger nichts an. Die Bürger müssen die immer höheren Schulden mittragen. Jeder Einwohner schleppt neben seinen individuellen Schulden eine erhebliche öffentliche Schuldenlast durchs Leben.

Ein Säugling, der im Jahr 2006 geboren wird, kommt im Durchschnitt mit öffentlichen Schulden von 33'531 Franken zur Welt. Die Schulden verteilen sich wie folgt auf die verschiedenen Staatsebenen:

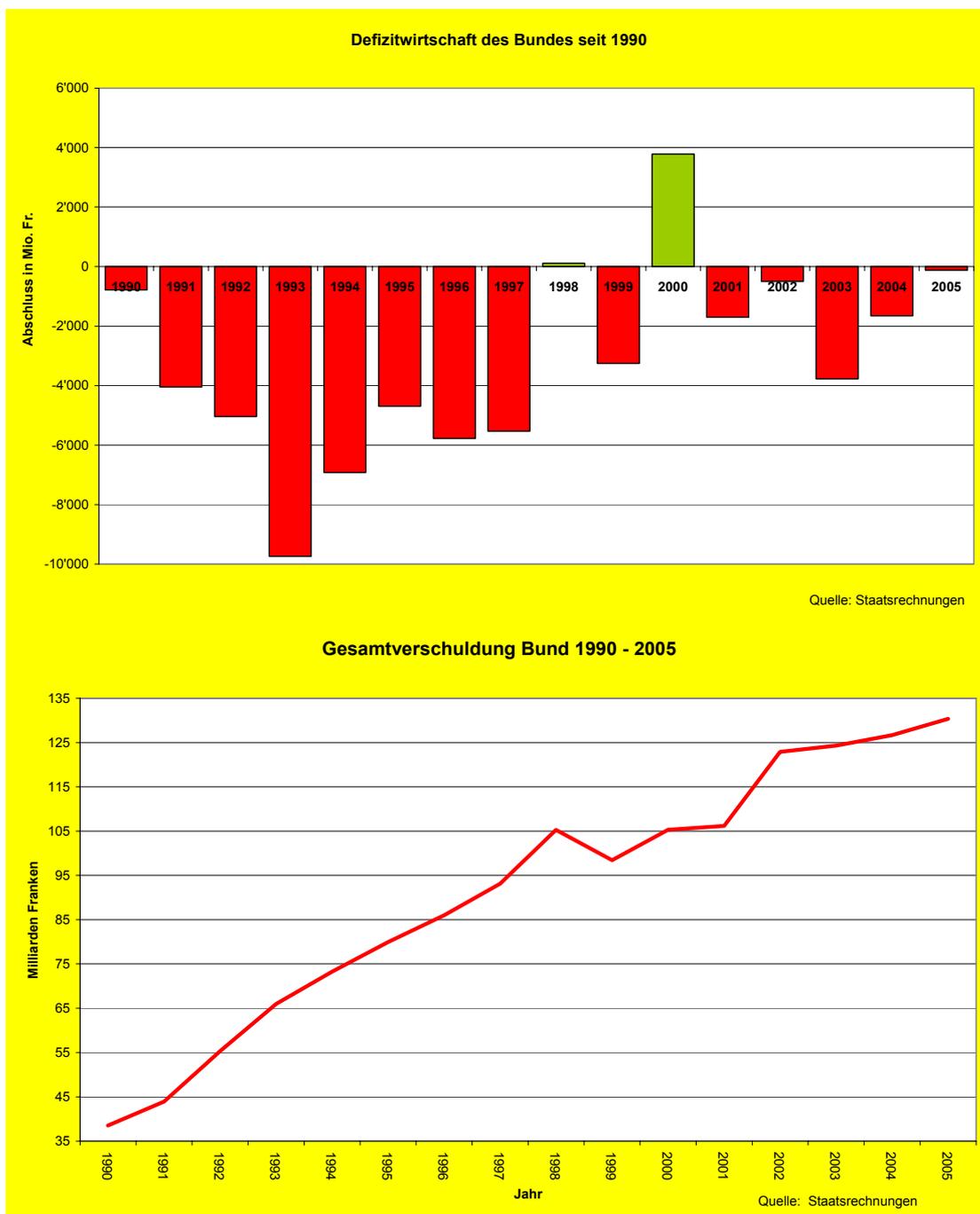
Bund:	17'965 Fr.
Kanton:	10'037 Fr.
Gemeinde:	5'529 Fr.

³ 04.3563 - Motion. Wachstumspolitisch sinnvolle Mehrausgaben sowie

04.3518 - Motion. Wachstumspolitisch sinnvolle Mehrausgaben.

⁴ 02.3573 - Motion. Finanzpolitischer Spielraum für ein nachhaltiges Ausgabenwachstum.

Mit dem immer höher ansteigenden Schuldenberg steigt auch die Zinsbelastung. Mittlerweile beträgt die Bruttoverschuldung des Bundes 130.3 Milliarden Franken. Nicht eingerechnet in obigen Zahlen ist die erhebliche Unterdeckung im AHV-Fonds, die Schulden der IV, die Schulden der Arbeitslosenversicherung sowie Unterfinanzierungen im FinöV-Fonds. Ebenfalls nicht eingerechnet sind Unterdeckungen in den Bundespensionskassen (Publica, Post und SBB). Insgesamt werden die Schulden der öffentlichen Hand (Bund, Kantone und Gemeinden) für das Jahr 2006 auf knapp 300 Milliarden Franken geschätzt. Der Schuldenberg ist damit mehr als die Hälfte so gross, wie das Bruttoinlandprodukt der Schweiz. Würde der Schuldenberg über die 60%-Marke ansteigen, würde die Schweiz finanzpolitisch nicht einmal mehr die Kriterien erfüllen, welche die osteuropäischen Länder erfüllen mussten, um der EU beizutreten.



Die Konsequenz der Schuldenwirtschaft:

Die Ausgaben für die Schuldenbewirtschaftung steigen mit zunehmenden Schulden. Im letzten Jahr zahlte die öffentliche Hand (Bund, Kantone und Gemeinden) rund 8 Milliarden Franken Schuldzinsen. Dies sind mehr als 1'000 Franken Schuldzins pro Einwohner und Jahr.

5.8 Voranschlag 2007

Am 5. Juli 2006 gab der Bundesrat die Eckwerte des Voranschlags bekannt. Der Bundesrat rechnet dank höheren Einnahmen mit einem Überschuss in der Finanzrechnung von 918 Millionen Franken und liegt damit über den Vorgaben der Schuldenbremse. Zwar ist erfreulich, dass die Finanzrechnung nun positiv veranschlagt ist, allerdings werden die Schulden trotz Überschüssen in der Finanzrechnung weiterhin steigen, da die hauptsächlich schuldenrelevanten Positionen (FinöV, Arbeitslosenversicherung, Bundespensionskassen) über die Erfolgsrechnung verbucht werden. Auch wenn die FDP von „finanzieller Nachhaltigkeit“ und einem „Grosserfolg für die freisinnige Finanzpolitik“ spricht, gilt es an dieser Stelle für die Steuerzahler doch kritisch zu bemerken, dass trotz diesem „nachhaltigen Grosserfolg“ auch im nächsten Jahr im Bund mehr ausgegeben wird als eingenommen! Dadurch werden sich die Schulden immer noch weiter erhöhen. Der Grund für die positiven Nachrichten ist einzig der seit Jahren praktizierte Verbuchungstrick, dass die Schulden vor allem in der Erfolgsrechnung erscheinen, den Bürgern aber immer die Finanzrechnung unter die Nase gehalten wird. Solange der Bund mehr ausgibt als er einnimmt, ist es noch viel zu früh, von Entwarnung und finanziellem Grosserfolg zu sprechen. Auch wäre es fatal, wenn mit diesen Überschüssen jetzt auf einmal wieder viele neue Begehren bewilligt würden, um den Wählern in einem Wahljahr einmal mehr einen Versorgungsstaat zum Nulltarif vorzutäuschen.

Die SVP verlangt, dass der Bundesrat und das Parlament weitere Konsolidierungsmassnahmen an die Hand nehmen, damit es möglich ist, dass der Bund endlich nicht länger mehr ausgibt als er einnimmt. Erst dann wird der fundamentale Grundsatz eines jeden Milchbüchleins auch für die Rechnung des Bundes Gültigkeit haben!

5.9 Weitere Finanzperspektiven

Auch hier liegen aktuell nur die Eckwerte vor. Die Finanzrechnung sieht dank ansprechender Wirtschaftslage für die nächsten drei Jahre positive Ergebnisse vor, jedoch wird die Schuldenbelastung weiter ansteigen. Hinzu kommt, dass die Finanzplanung von verschiedenen Einnahmen ausgeht, für welche es noch keine gesetzliche Grundlage gibt, da das Parlament noch nicht einmal darüber befunden hat (so etwa die Erhöhung der Mehrwertsteuer für die IV oder die LSVA und die Einführungskosten). Ausserdem werden die Einführungskosten der Neugestaltung des Finanzausgleichs (NFA) an der Schuldenbremse vorbeibucht, indem sie als ausserordentliche Einführungskosten lediglich in der Erfolgsrechnung und nicht in der Finanzrechnung erscheinen. Dies bedeutet im Klartext, dass der Bund allein wegen der NFA auf einen Streich wieder 1.4 Milliarden Franken mehr Schulden haben wird. Dies ist ein Minimalwert – denn es besteht die Gefahr, dass die Schulden mit einer

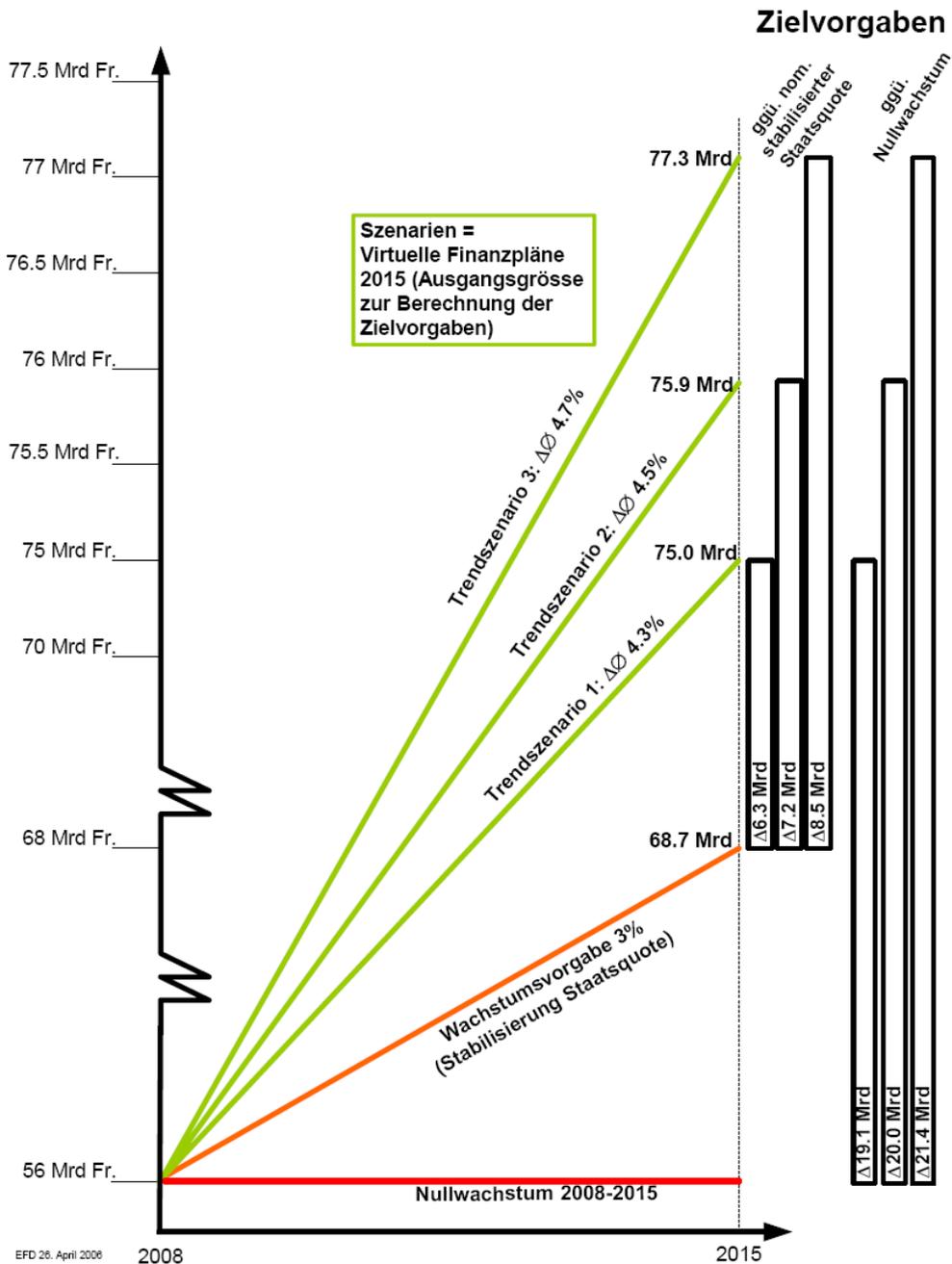
Erhöhung des Härteausgleichs noch mehr ansteigen werden. Schliesslich wird die Bundeskasse durch verschiedene Sozialwerke sowie die Bundespensionskassen in den nächsten Jahren einer erneuten Prüfung stand halten müssen – denn für die Sanierung der Publica, der Postpensionskasse, der SBB-Pensionskasse, der IV, der AHV, der ALV sowie durch die steigenden Krankenkassenprämien stehen dem Bundeshaushalt Eventualverpflichtungen in der Höhe eines Viertels bis einer Hälfte einer Jahresrechnung gegenüber. All diese Verpflichtungen werden aber an der ordentlichen Rechnung vorbei gebucht – und sind somit für die Finanzrechnung des Bundes irrelevant – für die Schulden hingegen direkt wirksam.

Die mittelfristigen Finanzperspektiven zeichnen sich durch drohende Ausgaben in der Höhe von über 10 Milliarden aus. Dem gegenüber stehen Einnahmen, welche äusserst optimistisch prognostiziert sind. Der Bundesrat muss sämtliche Ausgaben in die Planung einbeziehen und darf nicht nach steuerbaren und nicht steuerbaren unterscheiden. Schliesslich ist die Schuldenwirtschaft endlich zu beenden und ein Schuldenabbau einzuleiten.

5.10 Finanzperspektive 2015

Bis ins Jahr 2015 gibt der Bundesrat ein Zielwachstum für die Ausgaben von 3% vor. Aus Sicht der SVP ist dieses Wachstum viel zu hoch angesetzt, denn wenn bereits mit 3% geplant wird, sind Wachstumsraten wie in der Vergangenheit erneut Wachstumsraten wie in den 90er-Jahren von 4% wahrscheinlich. Denn die „Ja-Sager-Politik“ im Parlament sowie die anstehenden demographischen Herausforderungen würden schon heute grosse Entlastungsprogramme auf die bestehenden Aufgaben bedingen, um dieses Dreiprozentwachstum einhalten zu können.

Zusammenhang von Wachstumsvorgaben und Trendszenarien



Würde die aktuelle Ausgabenpolitik bis 2015 fortgeführt, so würde der Bund im Jahr 2015 rund 75 Milliarden Franken ausgeben.

Um das Wachstum des Staates halten zu können, sind daher bis 2015 Entlastungsmassnahmen in der Grössenordnung von rund 8 Milliarden Franken pro Jahr nötig – und dies trotz schwieriger werdenden demographischen Bedingungen für die Sozialwerke (siehe dazu Kapitel 5.4). Bis 2015 dürften 70% der Mehrausgaben alleine schon aufgrund der Demographie der Sozialwerke bestimmt sein. Der finanzpolitische Spielraum bleibt also äusserst gering, ohne die Steuern, Gebühren und Abgaben zu erhöhen.

6 Die Bürger zu Tode steuern?

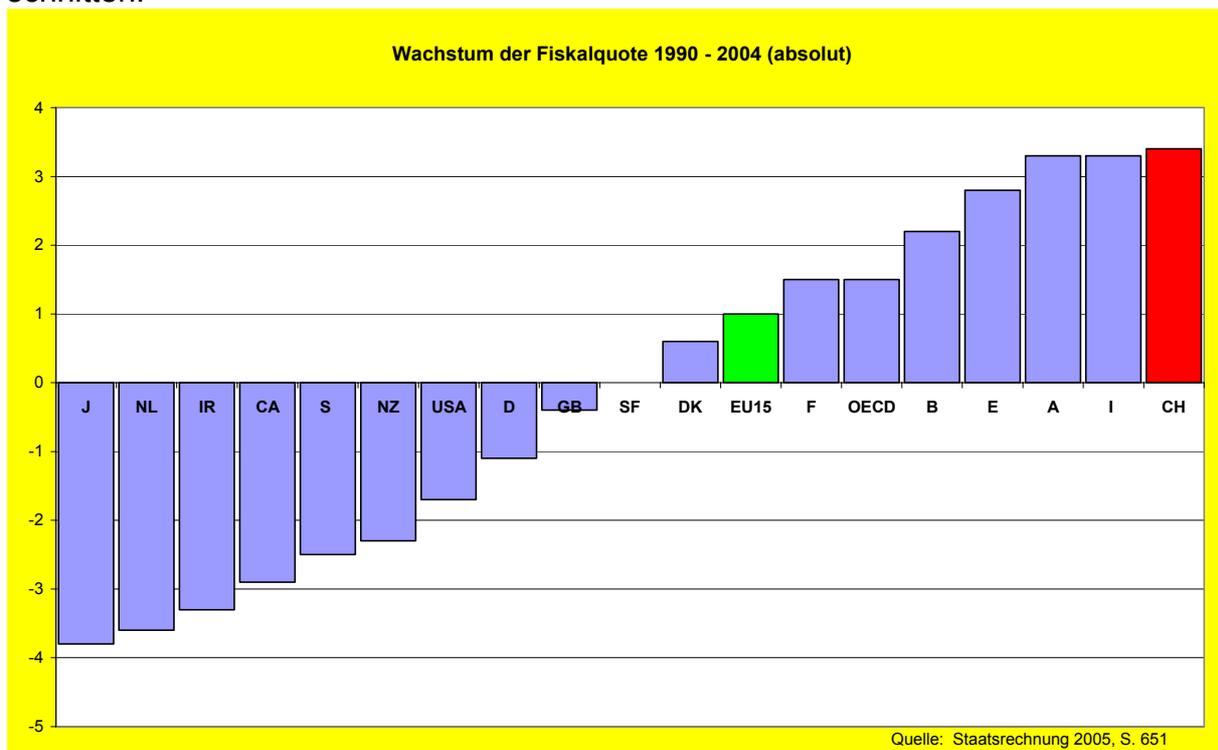
6.1 Höhere Ausgaben bedeuten höhere Steuern oder Schulden

Wie alle westeuropäischen Staaten lebt auch die Schweiz seit Jahren über ihre Verhältnisse. Umso schlimmer ist, dass das Wirtschaftswachstum in der Schweiz vergleichsweise geringer ist als in den umliegenden Ländern. Und obwohl den Bürgerinnen und Bürgern immer mehr Abgaben aufgebürdet werden, vermögen diese die staatlichen Aufgaben nicht mehr zu decken. Die ständig wachsenden Staatsaufgaben haben die Steuern in die Höhe getrieben und die Bürokratie aufgebläht. Dies behindert die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit, führt zu schleppendem Wachstum und damit zu steigender Arbeitslosigkeit und sinkendem Wohlstand. Seit 1990 hat der Bund seine Einnahmequellen extrem ausgedehnt. In keinem anderen Land stieg die Steuerbelastung stärker an als in der Schweiz.

Wenn der Staat wächst, bedeutet dies mehr Verpflichtungen und höhere Ausgaben. Und höhere Ausgaben wiederum führen entweder zu höheren Steuern oder mehr Schulden. Beides bekämpft die SVP. Der Staat muss zurückgebunden werden. Dazu ist eine echte Prioritätensetzung und ein Aufgabenverzicht unumgänglich, ansonsten werden die Bürger vom Schuldenberg erdrückt oder aber sie werden zu Tode gesteuert.

6.2 Die Steuerbelastung ist massiv angestiegen

In der Schweiz haben die Steuern, Gebühren und Abgaben in den letzten Jahren massiv zugenommen, und immer neue Steuern werden geplant. Die Belastung für die Bürger wird immer grösser, und als Folge geht das frei verfügbare Einkommen der Bevölkerung immer mehr zurück. Freiheit und Eigentum werden immer mehr beschnitten.



Einige Beispiele für Steuererhöhungen beim Bund in den letzten 10 Jahren:

- **Übergang von der WUST zur MwSt (über 1.5 Milliarden Franken Steuererhöhung pro Jahr)**
- **Erhöhung der Mehrwertsteuer um 1% für die AHV**
- **Anhebung der Mineralölsteuer**
- **Erhöhung der Tabaksteuer**
- **Einführung der Spielbankenabgabe**
- **Einführung einer Alcopop-Steuer**
- **Erfindung der leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe (LSVA)**
- **Lenkungsabgabe auf VOC (flüchtige organische Verbindungen)**
- **Lenkungsabgabe auf Heizöl**

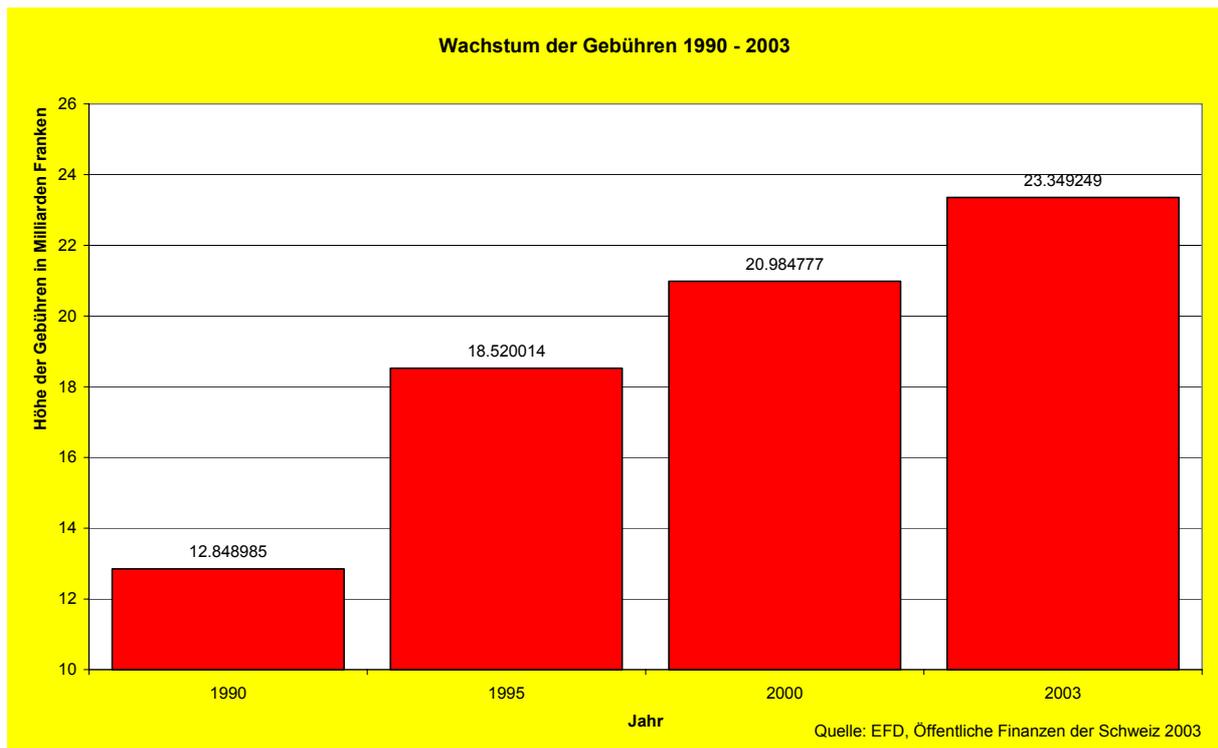
6.3 Leistung darf nicht weggesteuert werden

Diejenigen, welche heute Leistung bringen und bereit sind, etwas zu tun, dürfen vom Staat nicht durch steuerliche Gleichmacherei bestraft werden. Dies gilt gerade für Bürger aus dem Mittelstand, welche alles daran setzen, für sich und ihre Familien selber zu sorgen und nicht vom Staat abhängig zu sein. Diese Bürger leben in Eigenverantwortung statt auf Kosten der Steuerzahler. Eine blühende, konkurrenzfähige Wirtschaft ist nur möglich, wenn die Bürger und die Unternehmen wieder freier über ihr Geld verfügen können und nicht vom Staat abhängig sind.

Heute müssen wir mehr als die Hälfte des Jahres für staatliche Zwangsabgaben (Steuern, Prämien, Abgaben und Gebühren) arbeiten. Mehr als die Hälfte des Bruttosozialprodukts steht also den Bürgern nicht mehr zur freien Verfügung. Was nichts anderes heisst, als dass jedes Prozent Steuererhöhung doppelt schmerzt.

6.4 Der Mittelstand zahlt

Leistung muss sich wieder lohnen. Das heutige Steuersystem bestraft den leistungswilligen Mittelstand. Die Fiskalquote (das Verhältnis zwischen allen Fiskaleinnahmen und dem Bruttoinlandprodukt) war im Jahr 2005 bereits höher als diejenige der USA und Japan. Den Schweizer Haushaltungen und Betrieben werden neben allen direkten und indirekten Steuern auch jährliche Gebühren in der Höhe von 23.3 Milliarden Franken abgenommen. Und davon ist der Mittelstand besonders stark betroffen.



Alle Steuern, Gebühren und Abgaben zusammen mit allen Sozialversicherungen bringen die Schweiz heute auf eine Zwangsabgabenquote von über 50 %. Mit andern Worten: Der Staat verfügt über die Verwendung der Hälfte aller privater Einkünfte!

Die Schweiz ist ein sozialistisches Land geworden!

"Die Schweiz ist ein typisch sozialistisches Land. (...) Wenn über die Hälfte des Volkseinkommens durch den Staat dirigiert wird – was ist das denn anderes als Sozialismus?"

(Nobelpreisträger Milton Friedman, "Facts", 19.6.1998)

6.5 Bis zu den Sommerferien für den Staat arbeiten

Am 18. April 2006 feierte Finanzminister Merz den „Tag der erfüllten Steuerpflicht“. Diese Rechnung ist zwar kreativ, aber die Party wurde leider viel zu früh gefeiert. Die Berechnung des Bundes für die Fiskalquote, basiert leider auf international nicht vergleichbaren Faktoren, welche happige Zwangsabgaben wie etwa UVG-, BVG-, Krankenkassenprämien etc. nicht berücksichtigt. Nähme Herr Bundesrat Merz sämtliche Zwangsabgaben zur Datierung des „Tages der erfüllten Steuerpflicht“, so müsste er ihn in seinen Sommerferien begehen. Der Durchschnittseinwohner in der Schweiz arbeitete nicht „nur“ die ersten 108 Tage für den Staat, sondern sogar die ersten 156 Tage⁵ des Jahres.

⁵ Economiesuisse, Newsletter 5/2006.

Bis zu Beginn der Sommerferien arbeiten Herr und Frau Schweizer ausschliesslich für den Staat. Erst ab dem 3. Juli können sie ihr erwirtschaftetes Einkommen behalten, ohne es an den Staat weiter geben zu müssen!

6.6 Mehr als die Hälfte des Einkommens wandert zum Staat

Wenn ein Ehepaar mit 2 Kindern heute zusammen beispielsweise 100'000 Franken pro Jahr verdient, dann muss es mehr als die Hälfte des Einkommens wieder an den Staat abgeben. Diese übermässig hohe Belastung mit Zwangsabgaben tötet Arbeitsanreize und führt dazu, dass diejenigen, welche noch arbeiten, immer noch mehr arbeiten müssen, um diejenigen, welche nichts mehr tun, zu finanzieren.

Bruttolohn gemäss Lohnausweis		100'000
<i>Arbeitgeberbeiträge</i>		<i>15'700</i>
AHV	4.20%	4'200
IV	0.70%	700
EO	0.15%	150
ALV	1.00%	1'000
BVG		6'000
Berufsunfall	0.35%	350
Familienzulagen	1.80%	1'800
Sonstiges		1'500
Effektiver Lohn		115'700
<i>Arbeitnehmerabzüge</i>		<i>13'710</i>
AHV	4.20%	4'200
IV	0.70%	700
EO	0.15%	150
ALV	1.00%	1'000
BVG		6'000
Nichtberufsunfall	1.66%	1'660
Zwischentotal		86'290
Krankenkasse		8'800
Mehrwertsteuer		3'900
Kantons- und Gemeindesteuer		8'500
Direkte Bundessteuer		950
Auto-Abgaben		1'400
Tabaksteuer, Alcopops, Bier ... etc.		1'000
Diverse Gebühren		3'600
RTVG-Gebühren		450
Restlohn		57'690
Abgaben		58'010
Abgabenquote		50.14%

6.7 Die Steuerbelastung muss sinken

Eine Entlastung kann nur durch niedrige Steuern und Abgaben für die Bürger und weniger Ausgaben der öffentlichen Hand erreicht werden. Durch diesen Verzicht entstehen mehr private Investitionen, mehr Arbeitsplätze, mehr Wachstum, mehr Konsum und damit mehr Wohlstand für alle. Die SVP setzt sich dafür mit Realitätssinn und Rückgrat ein. Denn nur über diesen Weg gelangen wir wieder auf den Wachstumspfad. Die Wirtschaft muss wachsen, nicht der Staat. Darum bekämpft die SVP konsequent alle neuen Steuern, Abgaben und Gebühren und fordert vielmehr eine steuerliche Entlastung. Darum befürwortet sie den gesunden kantonalen Steuerwettbewerb, aber auch eine Unternehmenssteuerreform. Die SVP weiss, dass jeder Franken, den der Staat ausgibt, zuerst durch die Wirtschaft verdient werden muss.

6.8 Nein zu den acht neuen SP-Steuern!

Wer heute noch arbeitet, wird am Ende noch dafür bestraft und ist immer mehr der Dumme: Denn die Linken haben es auf ihren Lohn und ihr Bankkonto abgesehen. Wer am Ende des Monats noch etwas von seinem Lohn übrig haben will, kann diese SP-Gleichmacherei nicht gutheissen, denn sie tötet sämtliche Arbeitsanreize ab. Dies schadet dem Wirtschaftsstandort Schweiz. Diese neuen Steuern plant die SP:

Die 8 neuen Steuerprojekte der SP:

- **höhere Lohnprozente für Arbeitnehmer**
- **höhere Lohnprozente für Arbeitgeber**
- **Erbschaftssteuer**
- **Kapitalgewinnsteuer**
- **Abgaben auf Atomstrom**
- **Luxussteuer**
- **Schenkungssteuer**
- **Reichtumssteuer-Initiative**

Nicht zu vergessen, dass ausgerechnet die Linke darüber hinaus noch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer befürwortet, obwohl dies gerade diejenigen am meisten trifft, welche die Linke zu vertreten behauptet, die ärmeren Haushalte nämlich. So zerstören die Umverteiler und Staatsprofiteure unsere nationale und internationale Konkurrenzfähigkeit. Arbeitsplätze, Wachstum und Wohlstand gehen dadurch verloren. Denn jede Steuererhöhung, jede neue Gebühr entzieht der Wirtschaft und jedem Einzelnen von uns Milliarden und zerstört dadurch Arbeitsplätze.

7 Zehn Gebote für einen gesunden Staatshaushalt

Damit auch die künftigen Generationen in einer florierenden Wirtschaft mit sicheren Arbeitsplätzen, und ohne drückende Schuldenlast leben können hat die SVP 10 finanzpolitische Gebote aufgestellt, welche zu einem gesunden Staatshaushalt führen:

7.1 Stärkung der Eigenverantwortung

Unser Staat verkommt zunehmend zu dem, was in Osteuropa scheiterte – zu einem sozialistischen Gebilde! – Der Staat nimmt den Bürgern immer mehr Aufgaben ab und schreibt ihnen immer mehr vor, wie sie sich zu verhalten haben. Dadurch wird die persönliche Freiheit und das Eigentum immer mehr beschnitten.

SVP-Forderungen:

- **Förderung von Leistung.**
- **Schutz des Privateigentums.**
- **Stärkung der Eigenverantwortung.**
- **Stopp dem Giesskannenprinzip.**
- **keine steuerliche Bestrafung von Leistung.**
- **Abbau der staatlichen Bürokratie und Überregulierung.**

7.2 Nicht mehr ausgeben als einnehmen

Die SVP verlangt, dass dem Volkswillen Rechnung getragen wird. Am 2. Dezember 2001 stimmten 84.7% der Stimmbürger und alle Stände für die Schuldenbremse – im Glauben, die Staatsverschuldung würde dadurch gestoppt. Dem ist Rechnung zu tragen. Der Bund darf keine neuen Tricks anwenden, um die Schuldenbremse zu umgehen⁶.

SVP-Forderungen:

- **Nicht mehr ausgeben als einnehmen – Schluss mit der Schuldenwirtschaft!**
- **Einbezug der Unterfinanzierung in den Sozialversicherungsfonds in die Verschuldung des Bundes.**
- **Ausarbeitung eines Konzepts zum Schuldenabbau durch den Bundesrat bis Ende 2006⁷.**
- **Keine Mehrkosten durch die Einführung der NFA. Der Härteausgleich ist zu minimieren.**
- **Verschärfung der Kriterien der Schuldenbremse.**

⁶ 05.460 – Parlamentarische Initiative der SVP-Fraktion. Verschärfung der Schuldenbremse.

⁷ 05.3782 – Motion der SVP-Fraktion. Ausarbeitung eines Konzepts zum Schuldenabbau.

7.3 Konzentration auf die Kernaufgaben – Reduktion des Ausgabenwachstums

Der Bundesrat muss – analog den Departementvorstehern des EJPD und VBS – in allen Departementen die Kosten zurückfahren, ohne Leistungskürzungen hinzunehmen. Dies führt zu Kostensenkungen von mehreren Milliarden Franken. Zusätzlich zur Kostensenkung und der Kompensation von Mehrausgaben ist aber, angesichts der riesigen finanziellen Herausforderungen, eine Konzentration auf die Kernaufgaben unerlässlich. Hierzu ist eine umfassende Prioritätensetzung und ein wirklicher Aufgabenverzicht notwendig. Die SVP fordert den Bundesrat daher auf, bis Ende 2006 eine umfassende Prioritätensetzung vorzunehmen, und damit dem Willen der SVP-Fraktion Rechnung zu tragen⁸.

SVP-Forderungen:

- **Kosten senken in allen Ämtern und Departementen.**
- **Konzentration auf Kernaufgaben im Bund.**
- **Kompensation der Kohäsionsmilliarde sowie allfälliger Mehrausgaben im Bildungs- und Forschungsbereich.**
- **Verzicht auf unnötige Aufgaben. Botschaft über Aufgabenverzicht bis Februar 2007. Das Parlament muss sich in der Frühlingssession 2007 über die Prioritätensetzung äussern können.**

7.4 Sozialwerke: Sanierung statt Ausbau

Es ist unverantwortlich, neue Sozialversicherungen zu schaffen, wenn bekannt ist, dass bis 2030 ein zusätzlicher Finanzierungsbedarf von 40 Milliarden Franken für die Sozialwerke ansteht. Daher hat der Bundesrat es wohl auch abgelehnt, einen Vorstoss der SVP entgegenzunehmen, welcher ein Finanzierungskonzept für die Sozialversicherungen fordert⁹. Man weiss schon heute, dass die AHV spätestens im Jahr 2012 kein Geld mehr hat. Man kennt die Schulden der IV, der ALV und die ständigen Kostensteigerungen im Gesundheitswesen. Trotzdem werden neue Sozialleistungen geschaffen. Die SVP lehnt daher sämtliche neuen Sozialversicherungen sowie einen Ausbau der bestehenden Sozialversicherungen ab, solange die bestehenden Sozialwerke nicht finanziert sind. Ein Sozialausbau ohne Finanzierung ist eine Enteignung unserer Nachkommen!

SVP-Forderungen:

- **Kein Sozialausbau, solange die Finanzierung der bestehenden Sozialwerke nicht gesichert ist.**
- **11. AHV-Revision ohne Vorruhestandsleistungen.**
- **6. ausgabenseitige IV-Revision ohne Zusatzfinanzierung.**
- **Ausgabenseitige Revision der Arbeitslosenversicherung ohne Erhöhung der Lohnbeiträge.**
- **Umgehende Abstimmung über die Prämiensenkungsinitiative zur Reduktion der Prämienbelastung der Bevölkerung.**

⁸ 05.3783 – Postulat der SVP-Fraktion. Prioritätensetzung und Aufgabenverzicht.

⁹ 05.3781 – Postulat der SVP-Fraktion. Sozialversicherungen. Umfassendes Finanzierungskonzept bis ins Jahr 2025.

7.5 Schluss mit der sozialistischen Giesskannenpolitik

Die finanziellen Mittel der öffentlichen Hand sind beschränkt. Ausserdem stellen die demographischen Prognosen bereits grosse Herausforderungen an die Finanzierung der Sozialwerke. Um die Sozialwerke finanzieren zu können, müssen die vorhandenen Mittel so eingesetzt werden, dass sie die maximale soziale Wirkung entfalten. Es muss Schluss sein mit der sozialistischen Giesskannenpolitik, welche nur die Umverteilung fördert und die Armut nicht beseitigt. Auch in anderen Politikbereichen sind Giesskannensysteme zu Gunsten von bedarfsorientierten Systemen aufzuheben.

SVP-Forderungen:

- **Abbau von bestehenden Giesskannensystemen.**
- **Nein zu neuen staatlichen Krippenfinanzierungssystemen.**
- **Nein zum neuen Familienzulagengesetz.**
- **Unterstützung des neuen Asylgesetzes, welches für abgewiesene Asylbewerber nur noch Not- anstelle von Sozialhilfe ausrichtet.**
- **Überprüfung der SKOS-Richtlinien auf ihre Wirksamkeit. Anpassung dahingehend, dass Leistung noch mehr von der Kooperation der Betroffenen abhängig gemacht wird.**
- **Übungsabbruch mit der Forderung des staatlich garantierten Mindesteinkommens für alle (via Ergänzungsleistungen).**

7.6 Keine neuen Steuern, Gebühren und Abgaben

Heute geben die Bürger mehr als die Hälfte ihres Einkommens an den Staat ab. Dies ist Enteignung pur. Neben den zu hohen Steuern drücken vor allem die immer höheren Gebühren bei den Bürgern aufs Portemonnaie. Jeder Einwohner dieses Landes zahlt im Jahr über 3000 Fr. an Gebühren. Damit die Schweizer Bevölkerung von der Gebührenlast nicht noch mehr erdrückt wird, müssen die Gebühren dringend gesenkt werden. Ausserdem ist auf eine Erhöhung der bestehenden Zwangsabgaben zu verzichten.

SVP-Forderungen:

- **Keine neuen Steuern, Gebühren und Abgaben.**
- **Keine Erhöhung bestehender Steuern, Gebühren und Abgaben.**
- **Senkung der RTVG-Gebühren.**
- **Steuerliche Entlastung der Familien (anstelle eines Ausbaus von wirkungslosen Giesskannensystemen).**
- **Steuerliche Entlastung der Unternehmen (vollständige Beseitigung der wirtschaftlichen Doppelbelastung).**
- **Befreiung der Betriebe von der direkten Bundessteuer**
- **Botschaft des Bundesrates zur Reduktion der bestehenden Gebühren auf Bundesebene um einen Drittel bis März 2007.**
- **Anpassung der Definition der Zwangsabgabenquote an die internationalen Vorgaben. Das EFD darf nicht länger einen Sonderzug fahren, um die Zwangsabgabensituation zu vertuschen.**
- **Vereinfachung der Mehrwertsteueradministration.**

7.7 Schluss mit dem FinöV-Schwindel

Die Kosten der Eisenbahngrossprojekte haben die Budgetvorgaben schon lange überschritten. Doch das zuständige Bundesamt von Bundesrat Leuenberger weigert sich hartnäckig, Transparenz über die wahren Kosten der Eisenbahngrossprojekte herzustellen. Dies muss umgehend geschehen. Wenn die Gesamtprojektkosten überschritten sind, sollen die FinöV-Vorlagen erneut dem Volk vorgelegt werden.

SVP-Forderungen:

- **Kostentransparenz im FinöV-Fonds**
- **Neue Volksabstimmung, falls Kosten überschritten sind.**
- **Keine neuen Infrastrukturprojekte, bevor bestehende nicht finanziert sind.**

7.8 Entlastung des Mittelstandes

Die Hinterlassenschaft von Finanzminister Kaspar Villiger war eine siebenfache Belastung des Mittelstandes: zweimalige Erhöhung der Mehrwertsteuer, Erhöhung der Schwerverkehrsabgabe, Erhöhung der Mineralölsteuer, Einführung einer Spielbankenabgabe, Tabaksteuer und Alcopops-Steuer. Immer war es der Mittelstand, welcher die hauptsächliche Abgabenlast trug. Damit muss Schluss sein:

SVP-Forderungen:

- **Keine Erhöhung der MwSt zu Gunsten der IV oder der AHV.**
- **Reform der bestehenden Steuersysteme ohne Zusatzbelastung des Mittelstandes.**
- **Keine Einführung einer nationalen Erbschaftssteuer.**
- **Verheiratetenabzug anstelle Zweiverdienerabzug in der Reform der Ehepaarbesteuerung**

7.9 Transparenz gegenüber den Bürgern

Die Staatsausgaben sind auf allen Ebenen des Gemeinwesens transparent auszugestalten. Der Staat darf nicht länger intransparente Sonderkassen führen, welche die wahre Finanzlage verschleiern (Sozialversicherungen, Pensionskassen, FinöV, Infrastruktur).

SVP-Forderungen:

- **Schluss mit dem System der „Buchhaltung mit doppeltem Boden“ über die Erfolgsrechnung. Einbezug sämtlicher Ausgaben in die Finanzrechnung.**
- **Schluss mit der Aktivierung von Schulden (FinöV, Pensionskassen), um die Finanzrechnung zu umgehen und die Schulden zu vertuschen.**
- **Keine Vertuschung von Schulden durch eine übermässige Aktivierung von Werten bei der Einführung des Neuen Rechnungsmodells des Bundes (NRM). Umsetzung des Parlamentswillens ohne Buchhaltungstricks.**

7.10 Wer zahlt, befiehlt – das Volk soll mitreden

Wer zahlt, befiehlt und wer befiehlt, zahlt. Diesem Grundsatz muss in der Finanzpolitik vermehrt Rechnung getragen werden. Man gibt das eigene Geld viel weniger schnell aus als dasjenige, das einem nicht gehört. **Daher fordert die SVP, dass die Finanzverantwortung möglichst nahe beim Volk wahrgenommen werden muss, da es das Volk ist, welches zahlt.** Neben den direkt demokratischen Mitteln, ist es wichtig, dass einer schleichenden Zentralisierung der Staatsaufgaben Einhalt geboten wird. Die Staatsaufgaben sollen möglichst nahe beim Bürger wahrgenommen werden – nur so können dessen Bedürfnisse in optimaler Weise befriedigt werden. Der Föderalismus garantiert neben einer besseren Abstimmung der regionalen Bedürfnisse auch, dass ein gesunder Wettstreit zwischen den einzelnen Gemeinden und Kantonen herrscht. Dies führt zu einer tieferen Belastung für alle und stärkt den Wirtschaftsstandort.

SVP-Forderungen:

- **Einführung des Finanzreferendums auf Bundesebene¹⁰.**
- **Föderalismus und starker Steuerwettbewerb zur Gewährleistung einer minimalen und bürgernahen Staatstätigkeit.**
- **Stopp den Erpressungsbestrebungen der EU-Funktionäre, welche zur Verhinderung von Steuerwettbewerb den Schweizer Volkswillen missachten wollen.**

¹⁰ 03.401 – Parlamentarische Initiative der SVP-Fraktion. Einführung eines Finanzreferendums.